November 2018
Nummer 426 – K 12858 / 3,80 €

unabhängige Bauernstimme

Biodiversität und Landwirtschaft müssen stärker zusammen gedacht werden: In der EU-Agrarpolitik wie auch im Naturschutz, nur so funktioniert Nachhaltigkeit für bäuerliche Betriebe und die Gesellschaft.

Auch Bauern und Bäuerinnen haben sich gemeinsam mit 50.000 Menschen im Hambacher Forst für eine zukunftsfähige Energiepolitk, den Klimaschutz und gegen die Willkür von Konzernen engagiert.

Alternative Haltungssysteme besonders in der Schweinehaltung werden momentan nicht durch engagierte Politik vorrangebracht sondern durch die Initiativen des Lebensmitteleinzelhandels

Eine Zeitung von Bäuerinnen und Bauern

Wandel durch Handel?

Die Seite 3

„Regulierungen schaffen, damit auch Bauern profitieren" 3

Agrarpolitik

Großer schritt für die Menschenrechte 4
Minister wollen's unverbindlich 5
Bienen und Landwirtschaft 7
Du armes Ferkel 10

Bewegung

Bauern auf der „Stop-Kohle"-Demonstration 6
Produktionsflächen und Lebensraum. 17
Ernährungssouveränität in Bewegung 20
Bäuerinnen*treffen 21

Schwerpunkt

Ökologisierung des Mainstreams.... 11
Penny geht aufs Ganze 12
Unfaire Handelspraktiken sollen verboten werden 13
Fair gehandelt - gut behandelt. 14

Zu Besuch bei Alina Reinhatz und Theresa Lehr, Seite 9; Nachbau, Seite 15; Aus fernen Länder, Seite 16; Leserbriefe, Seite 18/19; Veranstaltungen, Seite 22; Kontakte/Impressum, Seite 23

Neue Wege suchen

Vor fünfundzwanzig Jahren gab es in unserem Stadtteil Kassels fußläufig erreichbar noch drei Bäckereien und drei bis vier Metzgereien. Heute sind dort: ein Tatoostudio, ein Tanzstudio, ein Architekturbüro, ein Frisör und ein Hundefutterladen. Wir kaufen Fleisch bei Tegut oder holen uns das Biofleisch direkt vom Landwirt. Oft backe ich Brötchen selbst oder hole das Brot vom Biobäcker auf dem Wochenmarkt am Freitag. Manchmal fühle ich mich schuldig: Auch ich hatte zu selten eingekauft bei den Metzgern und Bäckern. Wir haben weniger Fleisch gegessen oder wollten andere Qualitäten – ich erinnere mich nicht mehr so genau, wann das angefangen hat und wann genau diese Lebensmittelhandwerker mangels Nachfolger oder mangels Rendite die Ladentüre geschlossen haben. Die jährlichen Geschäftsberichte der Bäcker- und Fleischerverbände bestätigen Jahr für Jahr den Rückgang der Geschäfte, die Zunahme von Filialen und Großbäckereien, das Schließen der lokalen Schlachthöfe (dieses Jahr auch in Kassel). Wir stemmen uns dagegen – politisch und mit Initiativen der Regionalentwicklung, mit Programmen wie Neuland, die den Metzgern eine neue und zukunftsweisende Marktchance geben wollen. Zu wenig Umsatz, zu wenig Nachfrage, keine Nachfolger, keine Fachkräfte und in den Berufsschulen wird das Schlachten, das Nadelöhr regionaler Vermarktung, nicht mehr unterrichtet. Zugleich hohe Kosten. Erst unlängst haben in fast allen Landkreisen Hessens die Landtage beschlossen, dass die Fleischbeschaugebühren kostendeckend und damit für kleine Unternehmen um ein Vielfaches höher sein sollen als für die umsatzstarken Unternehmen. Höhere Energiekosten – die großen Unternehmen können sich von den Zusatzkosten des Energieeinspeisegesetzes befreien lassen, die kleinen nicht. Höhere Personalkosten, da kein Rückgriff auf unterbezahlte Werkvertragsnehmer stattfindet, sondern ordentlich ausgebildete Gesellen angestellt werden. Wenig Umsatz, da auch auf dem Land die Verbraucher gerne die unter Schutzfolie verpackten Sonderangebote der Supermärkte und Discounter kaufen und nur in den Städten eine Kundschaft lebt, die mit entsprechenden Einkommen das Fleisch lieber edel, tierwohlgeschützt und ausgereift haben will und das Brot mit dreifacher Natursauerteigführung. Das reicht nicht für den Erhalt der Branchen, auch wenn deren Zeitungen seit Jahren die neuen Trends von Regionalität und Tierwohl oder Natursauerteigführung ihrer Leserschaft schmackhaft machen wollen.

Ich bin ratlos. Ich trage eine Mitschuld. Ich habe dort nicht mehr eingekauft. Ich habe zu wenig dieses Fleisch und dieses Brot gegessen. Ich sehe nur dieser Entwicklung zu – wie sie hingeht zu Tierwohllabel bei Lidl, Bio bei Aldi ... und bei Edeka, Penny, REWE, Famila und wie sie alle heißen, die Großen und Kleineren der Lebensmittelketten, inklusive Denns und Alnatura. Und ich sehe zu, wie diese „Großen" die Verbraucherwünsche nach gentechnikfrei, nach Weidemilch und Tierwohlschweinen gegenüber den Erzeugern ohne Preisaufschläge durchsetzen und es „einfach machen". Und zugleich sehe ich großartige Betriebe, Hofgemeinschaften, Hofzusammenschlüsse und Regionalinitiativen, die sich erfolgreich – bezogen auf den Hof und den Absatz – eine eigene Marke geschaffen haben, Fleisch, Brot, Gemüse und Milch selbst vermarkten (auch zum Teil über den Großhandel, natürlich!) und sich so ihre eigene Kundenbindung geschaffen haben. Die Menschen des Hofes stehen hinter dieser Marke und die Verbraucher, die Zugang zu ihrer Vermarktung haben, sind bereit, die Preise zu bezahlen.

Ich wünsche mir eine andere Welt und sehe diese vor mir. Ich sehe, wie wir uns dagegen stemmen, wie wir immer wieder ähnliche Debatten führen und sie auch immer wieder neu führen müssen. Wie schaffen wir es, dass möglichst viele (oder gar alle) landwirtschaftlichen Betriebe mit mehr Ökologie, mehr Tierwohl, mehr Umweltschutz ihre Existenz sichern können? Wie, dass möglichst viele (oder alle) Verbraucher sich mit ihrem Geldbeutel für eine bessere und gesündere Ernährung entscheiden können?

Andrea Fink-Kessler,
Büro für Regional- und Agrarentwicklung

„Regulierungen schaffen, damit auch Bauern profitieren“

Der alternative Nobelpreisträger Pat Mooney zu Digitalisierung und Konzernmacht

Unabhängige Bauernstimme: Smart Farming, Landmaschinen, die alle möglichen Daten sammeln und verbinden, sind für viele – Politiker, Berater, Interessensvertreter – das entscheidende Zukunftswerkzeug bei der Bekämpfung des Welthungers wie auch für die Entwicklung umweltfreundlicher Bewirtschaftungsmethoden. Was sagen Sie?

Pat Mooney: Ich kann mir sehr leicht zahlreiche Beispiele ausdenken, bei denen die Digitalisierung in der Landwirtschaft eine positive Wirkung entfalten kann: Reduzierung von Düngung, Pestiziden, weniger Lebensmittelverschwendung, Zugang zu Märkten von Bauern und so weiter. Ich sehe, wie Bauern ihre Handys nutzen, um Kollegen Pflanzenkrankheiten zu zeigen und gemeinsam zu überlegen, was zu tun ist. Oder sie checken Marktbewegungen aus, all sowas. Es gibt viele Möglichkeiten, wie die Technologie benutzt werden kann, um den Menschen und unserer Umwelt nützlich zu sein. Aber es ist wichtig zu wissen, dass der wahre Kontext, für den die Technologie gemacht und in dem sie genutzt wird, ein anderer ist.

Nämlich welcher?

Große Unternehmen benutzen die Technologie, um ihre Umsätze in die Höhe zu treiben. Warum engagiert sich Google bei einem Züchtungsprogramm für Schweine in China, welches darauf abzielt, die Anzahl der aufgezogenen Ferkel zu erhöhen? PGi, eine weltweit operierende Telekommunikationsfirma, kooperiert mit einer chinesischen Genbank. Sie bitten Bauern, ihnen Proben der von ihnen traditionell genutzten Pflanzen zu schicken, und bieten ihnen an, die Genetik zu analysieren. Der Deal ist, dass das Unternehmen die Informationen behalten darf, für ihre Zwecke, die da wären? Warum gibt es eine Verbindung von Microsoft zur Brauereiwirtschaft in Dänemark, welche an Pflanzenzüchtung beteiligt ist, um die Hefegehalte in Gerste zu verbessern? Und Amazon? Übernimmt Wholefoods, den größten Händler für Bioprodukte in den USA, und kooperiert mit Carrefour, Frankreichs zweitgrößter Supermarktkette. Ich frage nur, wo das alles endet. Wer wird die Big Data Clouds kontrollieren, die die Unternehmen kreieren?

Eine führende Rolle beim Sammeln von Daten im landwirtschaftlichen Bereich spielen die Landtechnikkonzerne, richtig?

John Deere sammelt Daten seit Anfang des Jahrtausends, Agco, zu dem Massey Ferguson und Fendt gehören, sogar seit den 1980er Jahren. Sie sind in der Lage, die Daten mit allen möglichen Informationen zu verbinden: Wetterdaten, Feldinformationen, Bodenbedingungen. Sie verfügen über viel mehr Informationen als Bayer oder BASF oder Yara und sie gehen schließlich zurück zu den Bauern und erzählen ihnen: „Wir haben hier genau die Produkte für eure Bedürfnisse und wenn ihr dieses und jenes Saatgut verwendet und dieses und jenes Düngemittel und Pestizid, dann verkaufen wir euch eine Versicherung, die euch eine Ernte in der Höhe absichert.“

Aus den USA gibt es Berichte vom Widerstand der Bauern und Bäuerinnen gegenüber der Praxis von John Deere, keine nicht autorisierten Mechaniker oder Bauern selbst ihre Maschinen reparieren zu lassen. Die „Right to repair“-Bewegung möchte die Gesetzgebung ändern. Wie ist die Perspektive?

In diesen Fällen geht es um Lizenzauseinandersetzungen, und so, wie ich das mitbekommen habe, haben die Gerichte eine Art Moratorium verhängt, in dem John Deere niemanden strafrechtlich verfolgen darf, der gegen die Lizenzvereinbarung verstößt und selbst repariert. Das heißt nun, dass der Gesetzgeber gefordert ist, einen rechtlichen Rahmen zu entwickeln, der die Frage beantwortet, welche Arten von Lizenzvereinbarungen von Unternehmen erlaubterweise aufgesetzt werden dürfen.

In Deutschland wird die Frage debattiert, wie die Bauern und Bäuerinnen die Hoheit über ihre Daten behalten können. Ist das auch woanders ein Thema und gibt es politische Möglichkeiten, den Datenbesitz auf den Höfen zu sichern?

Es gibt die Idee, alle Daten bei Behörden zu sichern und den Bauern und Bäuerinnen die Hoheit einzuräumen, zu bestimmen, wer darauf zugreifen darf. Aber dann ist die Frage, wie vertrauensvoll gehen staatliche Stellen damit um? Und es bleibt die Problematik, dass Unternehmen Druck auf die Bauern und Bäuerinnen ausüben, um Informationen zu bekommen. Das ist vergleichbar mit der Krankenversicherung: Dort muss ich auch bestimmte Gesundheitsinformationen von mir offenbaren, um bestimmte Leistungen zu erhalten. So ist es auch in der Landwirtschaft: Du bekommst bestimmte Leistungen oder Versicherungen nur, wenn du Informationen freigibst.

Also wie könnte dann die Position der Bauern und Bäuerinnen gestärkt werden?

Erstmal brauchen wir einen öffentlichen Diskurs darüber, was gerade geschieht. Mehr Transparenz, wie die Unternehmen vorgehen, um in den Besitz von zum Teil jahrhundertealtem bäuerlichem Wissen um landwirtschaftliche Zusammenhänge zu kommen. Dann müssen wir Wege und Regulierungsmöglichkeiten finden, um den Druck der Unternehmen auf die Bauern und Bäuerinnen zu reduzieren. Übrigens bin ich sicher, dass in zwei bis fünf Jahren technologische Probleme auftreten werden. Die Technologie ist nicht so perfekt, wie die Unternehmen uns glauben machen wollen.

Aber wie können die großen Konzerne eingehegt werden, zumindest in Teilen? Was für ein politischer Rahmen ist nötig?

Das Gute ist ja, dass es durch die zahlreichen Fusionen nur noch wenige Unternehmen sind, über die man sich Gedanken machen muss. Die bäuerlichen Interessensvertretungen müssen ein Bewusstsein auch für die Schwierigkeiten schaffen und nicht nur die technischen Möglichkeiten preisen. Es sollte einen UN-Vertrag zu Wettbewerbsrechten geben. Politisch müssen Konzentrationsprozesse begrenzt werden und Rechte implementiert werden, die die Bauern und Bäuerinnen davor schützen, dass ihr über Generationen erworbenes Wissen gestohlen wird. Von der Technologie müssen auch Kleinstbetriebe profitieren.

Pat Mooney, 2 v. l., auf einer Veranstaltung in Köln anlässlich der Vorstellung einer Studie zur Digitalisierung (www.inkota.de) Foto: Kosmel/Fian

Wo können auch Kleinbauer in aller Welt profitieren?

Das Gute ist, dass Größe eigentlich keine Rolle mehr zu spielen braucht. Transaktionskosten lassen sich mit Hilfe der Digitalisierung gleich gestalten, egal ob für einen Bauern auf 1.000 Hektar oder 100 Bauern auf 10 Hektar. Kleinbauern in isolierten räumlichen Positionen könnten besser integriert werden, in Wertschöpfungsketten wie auch in die Gesellschaft.

Vielen Dank für das Gespräch! *cs*

Großer Schritt für die Menschenrechte

UN-Erklärung für Bauernrechte geht in die nächste Phase

Die Zeit war reif: Nach fünf Jahren Verhandlungen wurde die „Erklärung für die Rechte von Kleinbauern und anderen Menschen, die in ländlichen Gebieten arbeiten“ am 28. September vom UN-Menschenrechtsrat in Genf angenommen. Die Erklärung soll Kleinbauern und -bäuerinnen, FischerInnen, HirtInnen, Indigene, LandarbeiterInnen und ihre Gemeinschaften besser gegenüber den Interessen von Agrarkonzernen und Regierungen schützen und sie dabei unterstützen, ihre zunehmende Verdrängung zu stoppen, Landflucht zu vermeiden, das Klima zu schützen und Ernährungssouveränität zu erlangen. Für sie beinhaltet das Leben in ländlichen Gebieten nämlich nicht nur ihre wirtschaftlichen Aktivitäten, sondern ein Selbstverständnis, eine Identität, die auch das soziale und kulturelle Leben und Handeln umfasst.

Situation spitzt sich zu

Die Dringlichkeit der Erklärung wird täglich deutlicher: Die tansanische Regierung verabschiedete kürzlich ein Gesetz, das Haftstrafen für Saatgutunternehmen oder -händler_innen vorsieht, die nicht zertifiziertes Saatgut verkaufen. Sie verhindert somit, dass bäuerliches Saatgut weiterhin vermarktet werden kann. Einem aktuellen Bericht der UN zufolge sterben 200.000 Menschen jährlich an akuten Pestizidvergiftungen. 99 Prozent dieser Todesfälle ereignen sich in Ländern des Globalen Südens. Hinzu kommt, dass Menschenrechtsverteidiger_innen vermehrt kriminalisiert oder ermordet werden. In Brasilien wurden im Jahr 2017 65 Bauern und Bäuerinnen auf Grund von Landkonflikten ermordet. Mit der Stärkung rechtsradikaler Kräfte im Lande ist eine Verschlimmerung dieser Situation zu erwarten. Auch in Europa, wo die Gemeinsame Agrarpolitik auf einer Logik von „Wachsen oder Weichen“ beruht, verbreiten sich große Agrarbetriebe, während kleinbäuerliche Strukturen verschwinden. Die europäische produktions- und exportorientierte industrielle Landwirtschaft und Ernährungsindustrie führen zu einem Höfesterben in Europa und haben weltweit enorme Auswirkungen.

Recht auf Nahrung

Als wichtiger Schritt für die Durchsetzung der Menschenrechte ist die Notwendigkeit dieser Erklärung vor mehr als 17 Jahren innerhalb von La Via Campesina artikuliert worden. Spätestens als 2012 ein den Menschenrechtsrat beratender Ausschuss die Ergebnisse seiner Analyse veröffentlichte, wurde deutlich, dass die Forderungen der Rechteträger_innen Hand und Fuß hatten und dass die Stärkung der Menschenrechte von Kleinbauern zentral ist, um den weltweiten Hunger zu bekämpfen. Die Studie stellte fest, dass die überdurchschnittliche Betroffenheit ländlicher Bevölkerungsgruppen von chronischem Hunger auf fünf wesentliche Gründe zurückzuführen sei: 1. Landenteignungen, Umsiedelungen, Vertreibungen, 2. Geschlechtsspezifische Diskriminierungen von Frauen und Mädchen, 3. Fehlende Politiken für Agrarreformen und ländliche Entwicklung, 4. Fehlende Mindestlöhne und soziale Absicherung, 5. Kriminalisierung von sozialen Bewegungen, die die Rechte der ländlichen Bevölkerung verteidigen. Als eine Maßnahme schlug der Ausschuss dem UN-Menschenrechtsrat die Erarbeitung einer Menschenrechtserklärung vor. Dem entsprechend erhielt eine zwischenstaatliche Arbeitsgruppe des UN-Menschenrechtsrats das Mandat, einen Textvorschlag zu verhandeln und dem Rat einen Erklärungsentwurf vorzulegen. Nach fünf Jahren Arbeit wurde der Text nun am 28. September angenommen. Von den 47 stimmberechtigten Mitgliedsstaaten im Rat votierten 33 dafür, drei dagegen und elf enthielten sich, darunter auch Deutschland.

Konzerne statt Menschen?

Das Verhalten der Bundesregierung ist ein Armutszeugnis: Obwohl Deutschland einerseits stets äußerte, die UN-Arbeitsgruppe zu unterstützen, hat die Regierung, laut einer Pressemitteilung vom Zivilgesellschaftsbündnis, dort nicht aktiv mitgearbeitet. Weder in Berlin noch in Genf oder Brüssel hat die Bundesregierung gegenüber der Zivilgesellschaft ihre Bedenken genauer erläutert. Jan Urhahn vom Netzwerk Inkota kritisiert, dass die Bundesregierung sich von Anfang an gegen zentrale Inhalte der Erklärung gestellt habe, wie das Recht auf Saatgut oder das Recht auf Land. „Offenbar wollte sie damit die Interessen von Konzernen wie Bayer schützen. Mit ihrem Verhalten weigerte sie sich, grundlegende Rechte von Kleinbauern und Kleinbäuerinnen (...) anzuerkennen. Das widerspricht auch dem Koalitionsvertrag, in dem die Förderung von Kleinbauern zentral verankert ist.“

Anders als im Menschenrechtsrat zählen in der UN-Generalversammlung die Stimmen aller 193 UN-Staaten. Umso wichtiger ist es für uns, Staaten wie Portugal und die Schweiz auf der Seite der Menschenrechte zu haben. Bisher sind sie die einzigen Länder im Globalen Norden, die sich zu der Erklärung bekannt haben. Als nächster Schritt steht die 73. Sitzung der UN-Generalversammlung Ende dieses Jahres in New York an. Hier kann die Bundesregierung sich auf die Seite der Menschen statt auf die der Konzerne stellen. Wir fordern sie eindringlich auf, in New York final für die Erklärung zu stimmen!

Paula Gioia,
Abl/Via Campesina

Weltweite Bauernrechte durchsetzen Foto: Brot für die Welt

Harter Brexit?

Großbritannien hat ein neues Agrargesetz, das die Vergabe von Subventionen für die Zeit nach dem Brexit regelt. Bis 2020 laufen die Zahlungen weiter wie bisher. Dann beginnt eine siebenjährige Übergangsphase, an deren Ende Landwirte nur noch für „Umweltleistungen“ Gelder bekommen werden. Dazu gehören Maßnahmen zur Förderung von Artenvielfalt und Schutz vor Überflutungen (Renaturierung), aber auch landwirtschaftliche Praktiken zur Bodenverbesserung. Zur Empörung der landwirtschaftlichen Verbände und der Lebensmittelindustrie wird die Nahrungsmittelproduktion im neuen Gesetz nicht erwähnt. Die Bauerngewerkschaft NFU kritisierte, dass das gesamte Gesetz ohne Handelsabkommen mit der EU nutzlos sei. Die EU ohne geregelte Handelsbeziehungen zu verlassen, würde katastrophale Folgen für die britischen Landwirte haben, sagte die NFU-Präsidentin, Minette Batters. *ml*

Minister wollen's unverbindlich

Bei Kappung, Aufschlag erste Hektare, Umwelt-Förderung u.a.

Die EU-Kommission war für ihre Vorschläge zur Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) nach 2020 von einigen stark dafür kritisiert worden, dass sie die Re-Nationalisierung der EU-Agrarpolitik weiter vorantreibe. Gemeinsame, für alle Mitgliedstaaten einheitlich geltende Rahmenbedingungen würden weiter abgebaut, so dass die einzelnen Länder bald noch mehr machten, was sie wollten. Den Agrarministerinnen und Ministern der Mitgliedstaaten, auch der deutschen Ministerin Julia Klöckner, sind dagegen die Pläne der EU-Kommission noch viel zu verbindlich. Der 23-seitige Sachstandsbericht der derzeitigen österreichischen Agrarrats-Vorsitzenden Elisabeth Köstinger fasst entsprechende Wünsche der Kolleginnen und Kollegen zusammen. So soll die von der EU-Kommission vorgeschlagene EU-weit verbindliche degressive Kürzung der Direktzahlungen ab 60.000 Euro bzw. Kappung ab spätestens 100.000 Euro pro Betrieb den Mitgliedstaaten ebenso „freigestellt" werden wie die ebenfalls vorgeschlagene Kürzungsfreistellung der vollen Arbeitskosten der betreffenden Betriebe. Auch den Aufschlag für die ersten Hektare, den die Kommission nun für alle Länder verbindlich vorsieht, wollen die Ministerinnen und Minister nur freiwillig anwenden. Nach ihrem Willen soll er entweder fakultativ sein, oder es sollte den Mitgliedstaaten freigestellt werden, zwischen der (degressiven) Kürzung und dem Aufschlag zu wählen, wie es im Dokument heißt. Zurückgewiesen wird vom Agrarrat auch der Vorschlag der Kommission, dass alle Mitgliedstaaten den Betrieben in der ersten Säule, also aus Direktzahlungen finanzierte Förderangebote für Leistungen im Bereich von Umwelt und Klima machen müssen. Dieses neue Instrument mit dem etwas irreführenden Namen „Öko-Regelungen" (Eco-schemes) wollen die Ministerinnen und Minister mehrheitlich ebenfalls nicht verbindlich, sondern nur fakultativ haben. Außerdem wollen sie die entsprechenden Zahlungen von einer degressiven Kürzung bzw. Kappung ausnehmen, ebenso wie die Förderung von Junglandwirtinnen und Junglandwirten. Über die „Öko-Regelungen" will die AbL per Punktesystem die konkreten Leistungen der Bäuerinnen und Bauern für Umwelt, Klima, Biodiversität und Tierwohl honorieren. Nicht zuletzt greifen die Ministerinnen und Minister den Kommissionsvorschlag auch bei den neuen generellen Grundanforderungen („Konditionalität") an. „Erhebliche Schwierigkeiten" sehen sie bei den Kriterien, die vom heutigen Greening übernommen werden. Streichen wollen sie zudem insbesondere die neu hinzugekommenen Vorgaben zur Pflanzenschutzmittel-Anwendung, zur Tiergesundheit, zum Schutz von Feuchtgebieten und Torfflächen sowie das „Betriebsnachhaltigkeitsinstrument für Nährstoffe", mit dem die Mitgliedstaaten und Betriebe vor allem die verschiedenen Daten zur Düngung und Nährstoffversorgung vernetzen und auswerten sollen. Diese Elemente sollten entweder gestrichen oder als freiwillige Maßnahmen im Rahmen der neuen Öko-Regelungen oder der Agrarumweltmaßnahmen der 2. Säule umgesetzt werden, schreibt der Ratsvorsitz. Der Sachstandsbericht ist noch keine Festlegung des Rates auf Positionen, aber er dient dem österreichischen Vorsitz beim Ausformulieren des Entwurfes für Ratsschlussfolgerungen. Diesen Entwurf will Österreich noch im Jahr 2018 vorlegen, um ihn – dann unter rumänischem Vorsitz – möglichst noch im März/April 2019 im Rat abstimmen zu lassen.

EU-Parlament

Parallel zum Rat laufen auch im EU-Parlament die Vorbereitungen für Verhandlungspositionen. Die Berichterstatterin des Agrarausschusses Esther Herranz Garcia, spanisches Mitglied der konservativen EVP-Fraktion, hat ihren Berichtsentwurf in die Übersetzung gegeben; er soll am 19. November vorgestellt werden. Insidern zufolge soll sie darin vorschlagen, die degressive Kürzung EU-weit verbindlich einzuführen und den Mitgliedstaaten nur zu überlassen, ob sie erst bei 100.000 Euro oder schon darunter kürzen. Sie will ferner festlegen, dass die Mitgliedstaaten mindestens 70 Prozent der Direktzahlungen als Basisprämien einsetzen, sodass für den Aufschlag für die ersten Hektare, für Öko-Regelungen, Junglandwirte und für Umschichtungen in die 2. Säule zusammen maximal 30 Prozent verblieben. Aus der Konditionalität will sie – wie die Minister – einige Elemente streichen. Die Umsetzung der neuen GAP-Regeln will sie offenbar um zwei Jahre auf den 1.1.2023 verschieben. *uj*

SVLFG will Renten nur vorläufig zahlen

Als letzte sehen nun auch DBV, CDU und CSU keine Möglichkeit mehr, die Hofabgabeklausel zu retten, also die landwirtschaftliche Rentenberechtigung weiterhin von der Abgabe des Hofes bzw. von der langfristigen Verpachtung der Flächen abhängig zu machen. Die Sozialversicherung für Landwirtschaft, Forsten und Gartenbau (SVLFG) hat am 18.10.2018 bekanntgegeben, dass sie trotzdem weiterhin keine Rentenanträge bescheiden werde. Stattdessen will die SVLFG nur „vorläufig Altersrenten und vorzeitige Altersrenten gewähren". Seit dem 9. August, als Karlsruhe die Verfassungswidrigkeit der Hofabgabeklausel öffentlich festgestellt hat, hat die SVLFV bereits 4.000 Rentenanträge ohne Entscheidung liegen lassen. *uj*

Mit oder ohne Hörner?

Ende November soll bei einer Volksabstimmung in der Schweiz über die finanzielle Unterstützung der Haltung von behornten Kühen und Ziegen entschieden werden. Die „Hornkuh-Initiative", die sich dafür einsetzt, dass wieder mehr behornte Nutztiere gehalten werden, hatte gefordert, dass Bäuerinnen und Bauern, mit behornten Kühe und Ziegen extra Förderungen bekommen sollen, weil die Haltung aufwendiger sei. Die Schweizer Regierung hatte daraufhin der Bevölkerung empfohlen, gegen die Subventionierung der Haltung von behornten Tieren zu stimmen. Die Zahlungen würden falsche Anreize schaffen und negative Folgen für Tieren sowie Bäuerinnen und Bauern mit sich bringen. Dabei wurden von der Regierung mögliche ungeeignete Stallformen, erhöhte Verletzungsgefahren und fehlende Entscheidungsfreiheit der Haltenden bemängelt. Bisher gibt es eine Sympathie für die Initiative in der Bevölkerung und bei aktuellen Meinungsbildern würde die Mehrheit der SchweizerInnen mit Ja stimmen. *sg*

Pestizide bewirken Antibiotika-Resistenzen

Forscher an der Universität in Canterbury, Neuseeland, haben herausgefunden, dass Bakterien, die Glyphosat oder Dicamba enthaltenden Herbiziden ausgesetzt werden, hunderttausendmal schneller eine Resistenz gegen Antibiotika entwickeln als unbehandelte Bakterien. Die Wissenschaftler gehen davon aus, dass bestimmte Chemikalien die Wirksamkeit von Antibiotika erhöhen. Demzufolge würden auch bisher für eine Resistenzbildung als zu niedrige angesehene Antibiotikadosen in der Kombination mit Chemikalien Resistenzen fördern. „Die Kombinationen von Chemikalien, denen Bakterien in unserer modernen Umwelt ausgesetzt sind, sollten zusammen mit der Anwendung von Antibiotika untersucht werden, wenn wir deren Wirksamkeit langfristig erhalten wollen", sagte der Leiter der Studie, Professor Jack Heinemann. Die Verringerung der Anwendung von Antibiotika in Medizin und Landwirtschaft hat seiner Meinung nach nicht unbedingt eine Verringerung der Antibiotikaresistenz bei Bakterien zur Folge, weil Chemikalien wie Glyphosat und Dicamba die Resistenzentwicklung so stark beschleunigen. *ml*

Moratorium gefordert

Aktuell fordern über 200 weltweite Organisationen ein Gene-Drive Moratorium. Der Mechanismus soll zur beschleunigten Ausbreitung von Gen-Veränderungen in Populationen dienen. Zurzeit werden Gene-Drives hauptsächlich mit der CRISPR/Cas-Technik erzeugt. Diese wurde so entwickelt, dass die Veranlagung zur Gen-Schere CRISPR/Cas im Erbgut verankert wird. Die Gen-Schere soll die DNA an einer vorbestimmten Stelle schneiden, um dort die gewollte Veränderung einzubauen. Diese gentechnische Veränderung wird an die nächste Generation weitergegeben. Dadurch verbreiten sich die neuen Eigenschaften sehr viel schneller in einer Population als normalerweise. Mit Gene-Drives besteht die Möglichkeit ganze Arten zu verändern oder auszurotten. Niemand kann vorhersagen, wie sich die Organismen in der Umwelt verhalten, es kann zu erheblichen Folgen für das Ökosystem kommen. Die Organismen können bspw. auch weiter mutieren, oder sich ganz anders verhalten, als prognostiziert. Die Freisetzung von Gene-Drives sind nicht mehr rückgängig zu machen. Selbst Wissenschaftler, die daran arbeiten, warnen vor einer Freisetzung. Deshalb fordern die über 200 Organisationen, darunter die AbL, ein Verbot von Freisetzungen von Gene Drives und empfehlen auch, alle Forschungen vorerst auszusetzen. Zuerst brauche es eine breite gesellschaftliche Debatte über diese Technik und klare Regelungen, wie damit umzugehen sei. *av*

www.etcgroup.org

Bauern auf der „Stop-Kohle“-Demonstration

Kohleabbau und Klimawandel hängen direkt zusammen

Am Samstag, den 6. Oktober stiegen einige Bauern im Rheinland auf ihren Trecker. Aber sie fuhren nicht aufs Feld wie sonst, sondern zum Hambacher Forst in der Nähe von Buir. Dort kamen an diesem Samstag laut Veranstaltern circa 50.000 Menschen zu der Demonstration „Wald retten – Kohle stoppen“. Anlass der Großdemo war die Räumung der Baumhaus-Besetzung und die bevorstehende Rodung des Hambacher Forstes durch den Energiekonzern RWE. Im Rheinland sowie in der Lausitz und im Leipziger Land wird seit vielen Jahrzehnten Braunkohle abgebaut. Nach Angaben des Umweltbundesamtes wurden beispielsweise im Jahre 2015 Flächen von 2,1 Hektar täglich für den Braunkohleabbau verbraucht – darunter Dörfer, Friedhöfe, historische Gebäude, Wald und Ackerland.

Bauern auf der Demo

Rudi Schwamborn, AbL-Milchbauer aus dem Rheinland, ist mit dem Trecker zur Demo gefahren. Sein Beweggrund, nach Buir zu fahren, ist die massive Umweltzerstörung, die mit dem Tagebau einher geht. „Bei klarer Sicht kann ich die Kraftwerke von mir zu Hause sehen. Für mich ist es nicht hinnehmbar, dass unsere Böden – mit die besten in Europa – brachial zerstört werden“, empört sich der Bauer. „Wir schimpfen über die Urwaldabholzung in Brasilien und hier vor den Toren Kölns wird seit Jahren ein Urwald gerodet!“ Auch die Umsiedlung und Vertreibung von Menschen aus ihren gewachsenen Dörfern findet er schlimm. „Wir sind mit dem Trecker durch ein neu gebautes Dorf der Umgesiedelten gefahren. Der Ort war so steril und leblos!“ Jochen Groß aus Stommeln stellt gerade seinen Betrieb um und fängt nächstes Jahr mit Gemüse an. Groß ist mit seinem Trecker zur Demo gefahren, weil er die Wolken, die aus den Kraftwerken aufsteigen, sehr gut von seinen Feldern aus sehen kann und schon öfter an der Kohlegrube war. „Es muss eine bessere Lösung geben, Strom zu erzeugen, als knappes Ackerland wegzubaggern“, ist der Bauer überzeugt. Der Braunkohleabbau bedeutet auch einen schwerwiegenden Eingriff in den Grundwasserhaushalt. „Heute liegt das Grundwasser mit 35 Metern sehr tief. Aus Erzählungen weiß ich, dass es früher erheblich flacher war. Den Bach, der früher durch den Ort floss, gibt es heute nicht mehr“, erzählt Groß. Auch Gregor Kaiser, AbL-Waldbauer aus dem Sauerland, ist auf die Demo gekommen. „Ich habe 80 Hektar Land und sehe die Auswirkungen des Klimawandels dort täglich: höherer Borkenkäferbefall und schlechteres Anwachsen der Jungbäume. Zwar wachsen die Bäume durch verlängerte Vegetationszeiten und Nährstoffeinträge schneller, aber die Holzqualität sinkt.“ ForscherInnen der Technischen Universität München haben herausgefunden, dass das Holz in den letzten 100 Jahren bis zu 12 Prozent an Dichte verloren hat. Mit den Folgen, dass es weniger belastbar ist – bei Sturm im Wald genauso wie als Bauholz. Auch ist der Energiegehalt geringer und die Verbrennung verliert an Effektivität. Ulf Allhoff-Cramer, AbL-Bauer aus Detmold, hat bei der Demo eine Rede zum Klimaschutz gehalten. Er hat circa 80 Rinder und die diesjährige Dürre hat seinen Betrieb hart erwischt. Trotz zehn Hektar zusätzlich gepachtetem Futter müssen Tiere abgegeben werden. „Wir sind dabei, unsere Lebensgrundlage zu zerstören. In wenigen Jahren wird es zu spät sein! Um die Auswirkungen des Klimawandels einzugrenzen, brauchen wir unmittelbare, tiefgreifende, beispiellose und radikale Maßnahmen. Wir müssen jetzt sofort handeln, sonst ist der Zug abgefahren“, so der Bauer. *sg*

Gerichte entscheiden

Der Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND) war mehrmals vor Gericht gezogen, um einen Rodungsstopp des schutzwürdigen Waldes und des Lebensraums der bedrohten Bechsteinfledermaus zu erwirken. Am 5. Oktober hatte das Oberverwaltungsgericht Münster einem Eilantrag des BUND gegen das Land NRW stattgegeben und einen vorläufigen Rodungsstopp erwirkt. Über die Fortführung des Tagebaus ist zwar noch nicht entschieden, der Rodungsstopp gilt jedoch wahrscheinlich vorerst bis 2020. Zumindest so lange, bis die Gerichte über Angelegenheiten des Artenschutzes entschieden haben.

Klimawandel

Anfang Oktober veröffentlichte der Weltklimarat einen Sonderreport dazu, ob die Erderwärmung bei 1,5 Grad Celsius zu bremsen ist und was dafür getan werden muss. Dafür wertete ein Kernteam aus knapp 100 AutorInnen und über 200 ForscherInnen 6.000 Publikationen von 24.000 ExpertInnen aus. UN-Generalsekretär Antonio Guterres beschreibt die aktuellen Entwicklungen des Klimawandels global als „direkte existenzielle Bedrohung“. In Paris wurde beschlossen, die Erderwärmung unter zwei Grad, möglichst auf 1,5 Grad Celsius zu begrenzen. Die meisten ForscherInnen gehen davon aus, dass die Welt ohne zusätzliche Anstrengungen auf eine Erwärmung von drei bis vier Grad zusteuert.

Rudi Schwamborn, Gregor Kaiser und Anton Heinen stoppen die Kohle Foto: privat

Bienen und Landwirtschaft

Deutungshoheit nicht allein dem Mainstream überlassen

Seit Mitte der 2000er Jahre rücken Bienenthemen zunehmend in den Fokus der öffentlichen Debatte, sind Aufmacher unterschiedlichster Publikationen und füllen Kinosäle mit abendfüllenden Filmen zu vielen Facetten der Biologie und Ökologie von Honig- und Wildbienen. Das Themenspektrum ist weit gesteckt und reicht vom massenhaften Völkersterben durch Neonikotinoide, über die sogenannte „friedliche Koexistenz“ im Gentechnik-Disput, das fehlende Blütenangebot in Monokultur-Agrarsteppen bis hin zur „Handbestäubung“ von Erwerbsobstanlagen in China in Ermangelung geeigneter natürlicher Blütenbestäuberinsekten. Die Deutsche Agrarforschungsallianz, kurz DAFA, ein Zusammenschluss der öffentlich geförderten Agrarforschungseinrichtungen Deutschlands, lud am 25. und 26. September 2018 ins Julius-Kühn-Institut nach Berlin-Dahlem zu einem Auftakt-Workshop ein. Ein gutes Jahr zuvor hatte die DAFA aufgrund „tendenziöser und unwissenschaftlicher Aufmacher“ die Bienenthematik für sich entdeckt. In einem Fachforum „Bienen und Landwirtschaft“ soll in den folgenden Jahren eine Strategie entwickelt werden, um die wissenschaftliche Basis für das synergistische Zusammenwirken von Bienen und Landwirtschaft zu verbessern.

Bienen als wichtiges Nutztier Foto: pixabay

Gesellschaftlich Relevant

Zum Auftakt-Workshop waren 130 TeilnehmerInnen aus den Bereichen Imkerei und Landwirtschaft, von Fachverbänden, VertreterInnen von Ämtern und Behörden sowie Forschungseinrichtungen und andere Akteure geladen. In drei Workshops wurden die Forschungsbereiche Honigbienen in Agrarlandschaften, Wildbienen in Agrarlandschaften und Honig- und Wildbienen im urbanen Raum intensiv in Kleingruppen diskutiert. Hierzu lagen vorläufige Leitfragen der Initiatoren des DAFA-Fachforums vor, an denen sich die Workshop-TeilnehmerInnen intensiv abarbeiteten. Das DAFA-Konzept und die Leitfragen finden sich auf der DAFA-Website unter www.dafa.de. Wegen der gesamtgesellschaftlichen Relevanz der Themen wurde in allen drei Workshops die Notwendigkeit betont, dass neben der klassischen naturwissenschaftlichen Forschung auch sozialwissenschaftliche Forschungsansätze eingebunden werden müssten. Zur Wiederanreicherung des Blütenangebots und damit der Bienenweide wurden eine vielfältigere Fruchtfolge, verstärkter Zwischenfruchtanbau und die Aussaat von Untersaaten (z. B. Leindotter oder verschiedene Kleearten) angeregt. Ebenso soll sich die Forschung mit dem Anbau von Neophyten (nicht einheimischen Arten), z. B. der aus Nordamerika stammenden „Durchwachsenen Silphie“, beschäftigen. Dieser Korbblütler eignet sich potentiell zum Energiepflanzenanbau und als Bienenweide für die zweite Sommerhälfte. Für die Berufsausbildung zur LandwirtIn und das Studium der Agrarwissenschaften sollten imkerliche und bienenökologische Grundlagen in die Lehrpläne aufgenommen werden. Im Bereich der Wildbienen müssen Indikatorarten für die Bewertung von Agrarflächen und Zielarten zur Festlegung des ökologischen Optimums bestimmt werden. Landnutzungssysteme müssen durch vielgestaltige Strukturelemente und ein reichhaltiges Habitatangebot optimiert werden. Die Honorierung einer bienenfreundlichen Landwirtschaft muss möglichst unbürokratisch möglich sein. Hierzu brachten zwei AbLer unter den TeilnehmerInnen den Vorschlag ein, dass die aktuellen agrarpolitischen Konzepte (z. B. auch das AbL-Konzept für die Gemeinsame Agrarpolitik ab 2020) auf ihre Bienenfreundlichkeit hin überprüft und bewertet werden sollten.

Weiterentwicklung der DAFA-Strategie

Im Nachgang zum Auftakt-Workshop wird die DAFA-Steuerungsgruppe die Leitfragen konkretisieren, im Frühjahr 2019 publizieren und auf einer zweiten Konferenz erneut diskutieren. Die fertige Strategie soll dann im Sommer 2019 an Bund und Länder übergeben werden; sie soll als Anregung für die Forschungsförderung dienen. Da in den kommenden Wochen die Chance besteht, inhaltlich auf den Strategieprozess der DAFA Einfluss zu nehmen, wird es bei der Bundesmitgliederversammlung der AbL in Buchenau einen Arbeitskreis „Bienen und Landwirtschaft aus bäuerlicher Sicht“ geben. Wir AbLerInnen verfügen über etliche Fachleute und reichhaltiges praktisches Wissen rund um die Biologie und Ökologie von Bienen und sollten den DAFA-Prozess und die Deutungshoheit hierüber nicht dem DBV überlassen. Vielfältige, kleinräumlich strukturierte Landwirtschaftsbetriebe bieten Honig- und Wildbienen ganzjährig gute Lebensbedingungen. Dies ist gut für Bienen und ImkerInnen und fördert die Biodiversität in Landnutzungssystemen.

Uwe Schreiber,
AbL Schleswig-Holstein

Bienen stärken

Ein renommierter Pilzforscher im US-Bundesstaat Washington, Paul Stamets, hat eine Methode gefunden, Bienen vor Viren wie z. B. dem Flügeldeformationsvirus (DWV) schützen. Er stellte einen Extrakt aus zwei im und auf dem Erdboden zu findenden Pilzgeflechten her. In einem Feldversuch wurde der Virenbefall von jeweils 50 Bienen aus 30 verschiedenen Kolonien untersucht. Die Bienen, die den Pilzextrakt bekamen, hatten nach zwölf Tagen einen um 79 % reduzierten DWV-Virenbefall gegenüber den Bienen, die nur Zuckerwasser bekommen hatten. Bei anderen Viren war der Rückgang sogar noch dramatischer. Stamets geht davon aus, dass der Pilzextrakt nicht die Viren tötet, sondern das Immunsystem der Bienen soweit stärkt, dass sie die Viren abwehren können. Er kam auf die Idee, Pilze auf ihre antivirale Wirksamkeit zu untersuchen, nachdem er Bienen beobachtet hatte, die Tautropfen tranken, die sich auf Holzpilzen gebildet hatten. *ml*

Monsanto muss zahlen – aber weniger

Bayers Tochter, Monsanto muss laut einer richterlichen Entscheidung erheblich weniger Schadensersatz an den krebskranken Hausmeister Dewayne Johnson zahlen. Dieser hatte Monsanto verklagt, da der Konzern als Hersteller nicht auf die gesundheitlichen Risiken von glyphosathaltigen Mitteln hingewiesen hatte. Ein kalifornisches Geschworenengericht hatte eine Entschädigungssumme von rund 289 Millionen Dollar festgesetzt. Das neuere Urteil setzte eine Reduzierung der Zahlungen um mehr als 200 Millionen US-Dollar fest. Trotz der verringerten Summe will Bayer das Urteil weiter anfechten und hatte scheinbar auf das Neu-Aufrollen des Falls gehofft. Mit der Anerkennung, dass Glyphosat für die Krebserkrankung verantwortlich ist, haben die bereits weit über 8.000 weiteren Klagen eine gute Grundlage und können dem Unternehmen teuer zu stehen kommen. Dementsprechend brach der Aktienkurs am Tag des Urteils auf einen Tiefstwert seit 2012 ein. *sg*

Gülleveredelung

Mitte November kam die hessische Landwirtschaftsministerin Priska Hinz in den Vogelsberg, um sich auf dem Betrieb von Peter Hamel ein neues System zur Ammoniakreduktion in der Gülle erklären zu lassen. „Wir streuen regelmäßig dreimal pro Woche ein spezielles Gesteinsmehl, Pflanzenkohle und Leonardit in einem bestimmten Verhältnis im Stall aus.“ Auf diese Weise gelingt es Hamel vom Stall weg die Emissionen zu reduzieren. Die drei Hauptquellen der Ammoniak-Emissionen bei viehhaltenden Betrieben sind Stall (41%), Lager (16%) und Ausbringung (43%). Die Messungen, so Hamel, zeigen im Stall den Wert null an. Die etwas vorbehandelte Ursprungsgülle zeigte zunächst Werte um 9 bis 12 ppm an. Messergebnisse in Ställen, die bisher keinerlei Veredlungsmaßnahmen durchführten, liegen bei 25 bis 40 ppm. Ähnliche Versuche an der FH Lausitz zeigten bei Einrühren von Huminstoffen eine Reduzierung von 95% im Lager und bei der Ausbringung. Interessant dürften diese Ergebnisse vor allem für die vielen Betriebe sein, die aktuell aufgrund der neuen Gülleverordnung in neue, emissionsreduzierende Ausbringtechnik investieren müssen. Damit das alternative System zum Einsatz kommen kann, müsste es aber zuerst eine Zulassung im Rahmen der Düngeverordnung nach § 6 Abs. 3 erhalten. *mn*

„Ohne Gentechnik“-Milch

Das bayerische Landesamt für Landwirtschaft (LfL) erwartet, dass bis Ende 2018 die bayerischen Molkereien knapp 90% der konventionellen Milch als Milch „ohne Gentechnik“ erfassen werden. Nach ihren Zahlen erfassten die bayerischen Molkereien im Jahr 2017 insgesamt 8,93 Mio. Tonnen Milch. Davon waren 60,2% „ohne Gentechnik“, und weitere 6,3% Bio-Milch. Damit wurden 2017 zwei Drittel der erfassten bayerischen Milch gentechnikfrei erzeugt. Die Befragungen der Molkereien zeigen, dass der Umstellungsprozess auf „ohne Gentechnik“ keineswegs am Ende sei und noch mal deutlich steigen würde. Auch bei der Bio-Milch erwartet das LfL eine deutliche Zunahme der Menge, da in den ersten sechs Monaten 2018 27% mehr Bio-Milch angeliefert wurde als im Vorjahreszeitraum. Dieser Anteil könnte auf ca. 8% steigen. Bundesweit liegt der Anteil der nach den „ohne Gentechnik“-Kriterien erzeugten Milch bei etwa 50%, so der Verband Lebensmittel ohne Gentechnik. Bei Geflügelfleisch liege er bei 60%, bei Eiern bei 70%. *av*

Mia ham’s satt

Demo in Bayern vor der Landtagswahl

Es war die Demo zur Wahl, die in Bayern die Verhältnisse geändert hat. Es waren die Menschen, die schon Wochen vor der bayrischen Landtagswahl wussten und zeigen wollten, was ihnen nicht gefällt an der Landespolitik. „Mia ham’s satt“, so das Motto, unter dem sich 18.000 Menschen in München zusammenfanden. 20 Traktoren, zu einem Großteil von Mitgliedern der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) gefahren, führten den Demozug an, der sich Anfang Oktober durch München schlängelte. Über 80 Organisationen hatten sich zu einem Bündnis zusammengeschlossen, um für eine ökologische, tiergerechte, bäuerliche Landwirtschaft und für gesundes Essen, für nachhaltige Mobilität, für saubere Luft und Klimaschutz, lebenswerte Städte und den Erhalt unserer vielfältigen Kultur- und Naturlandschaft zu demonstrieren. Den großen Rahmen, der weit über die bayrische Staatsgrenze hinausgeht, setzte Josef Schmid von der AbL: „Es geht um viel: um das Weiterbestehen der Bauernhöfe als Existenzgrundlage der bäuerlichen Familien, um die Lebensgrundlagen, Bodenfruchtbarkeit, Trinkwasser und gesunde Lebensmittel für die ganze Bevölkerung und um faire Bedingungen und Chancen für die Menschen auf den anderen Kontinenten.“ Einen konkreten Auftrag an die zukünftige und inzwischen gewählte neue Landesregierung formulierte Stephanie Weigel vom Aktionsbündnis „Artgerechtes München“ und Tollwood: „Heile Welt Bayern? Weit gefehlt! Auch bei uns schreitet die Industrialisierung der Landwirtschaft dramatisch voran. Die nächste Regierung muss uns Bürgerinnen und Bürger ernst nehmen und das Ruder herumreißen. Wir brauchen eine Kehrtwende in Bayern und das bedeutet ohne Wenn und Aber: eine enkeltaugliche, ökologische Landwirtschaft. Ohne Massentierhaltung, Artensterben und Pestizide.“

Für die bayerische Landesregierung, die, den derzeitigen Entwicklungen nach, wohl aus einer Koalition der CSU mit den Freien Wählern bestehen wird, hat von den Demonstranten klare Vorgaben bekommen. Vielleicht sind die Grünen als stärkste Oppositionspartei in Bayern der Schlüssel, um die bei „Mia ham’s satt“ formulierten Positionen im Landtag und der Regierungspolitik einzubringen, um so die Chance auf Veränderung wach zu halten. Aus bäuerlicher Sicht hat Gertraud Angerpointer von der AbL auf der Demobühne ein klares Statement formuliert: zugunsten vielfältiger Betriebe, einem Schutz der Artenvielfalt, kleinräumiger Strukturen und gesundem Trinkwasser. Eine klare Absage erteilte sie der anhaltenden Industrialisierung der Landwirtschaft, den Gentechnikverfahren CRISPR/Cas und Freihandelsabkommen zulasten der Länder des Südens. mn

Schlepperzug auf der Mia ham's satt Foto: Leinemann

Feiern und bedauern

Betriebsspiegel:

40 ha, davon 20 ha Grünland; Getreide, Kartoffeln, Körnerleguminosen, Feld- und Feingemüse, Streuobst; 10 Milchkühe; Milchverarbeitung, Hofladen; Solidarische Landwirtschaft mit 360 Mitgliedern.

Was für ein Sommer. Einer, der gefühlt immer noch nicht vorbei ist, schaut man sich die aktuellen Temperaturen und ausbleibenden Niederschläge an. Möhren, Sellerie, Kohl und Co. warten noch auf ihre Ernte und auch die Apfelsaison ist noch nicht abgeschlossen. Trotzdem Zeit für (m)ein erstes Fazit der Saison, ein geschriebener Erntedank. Es gibt vieles zu feiern und manches zu bedauern. Oft liegt beides näher beieinander, als man denkt. Hinter uns liegt ein überdurchschnittlich heißer und trockener Sommer. Ich feiere, dass wir es auf dem Reyerhof dennoch – oder im Falle der Freilandtomaten gerade deswegen – geschafft haben, den Mitgliedern unserer Solidarischen Landwirtschaft sehr bunte und abwechslungsreiche Ernteanteile zu liefern. Wir haben mit unseren schweren Böden und dem ein oder anderen Regenschauer einfach viel Glück gehabt. Beim Lagergemüse sieht es dennoch gerade eher düster aus. Zu betrauern sind die nun wirklich sichtbar werdenden Folgen unseres Handeln als Menschheit auf das Klima. Als Bäuerinnen und Bauern spüren wir sie direkt, und ich persönlich hatte beim Wasserfahren im Schritttempo ausreichend Zeit, mir darüber Gedanken zu machen. Ein wirklich großes Highlight des Sommers war der Anblick unserer beiden Gewächshäuser, als sie – getragen von vielen Freiwilligen unserer Solidarischen Landwirtschaft – abhoben und ein paar Meter weiter auf ihren neu zugedachten Platz schwebten. Anlass war die Kündigung einer wichtigen Pachtfläche. Der Verpächter wollte zukünftig einen Preis verlangen, der sich an dem von Bauland orientierte. Die Abhängigkeit vom Gutdünken anderer Menschen, wenn es um unsere Arbeitsgrundlage geht, wurde hier spürbar, aber eben auch die Krisenfestigkeit durch unsere UnterstützerInnen. Nicht zuletzt blicke ich auf mein erstes Jahr im „Berufsleben“ zurück. Vor ungefähr einem Jahr schloss ich meine Ausbildung zur Landwirtin ab. Die Selbstbezeichnung Bäuerin kam mir danach trotzdem nicht oft über die Lippen; als frische Quereinsteigerin hatte ich nicht das Gefühl, dem großen Wort, mit dem Wissens- und Erfahrungsschatz, den es implizierte, gewachsen zu sein. Nach meiner ersten Saison voller Freude an der Arbeit, mit allen Hoch und Tiefs, Erfolgen und Fehlern weiß ich: Es ist wie mit der Arbeit auf dem Hof – man wird nie fertig. Aber das Bäuerin-Sein ist sehr viel greifbarer als noch vor einem Jahr und das ist ein Grund zum Feiern. Zu bedauern sind gleichzeitig die Dinge, die in den letzten Monaten auf der Strecke blieben: Austausch und Begegnung mit den Menschen, die mir am Herzen liegen und die ich nicht jeden Tag bei der Arbeit sehe. Das politische Engagement, das stagnierte, weil Kontinuität und Kapazität fehlten. Nicht zuletzt auch Bedürfnisse wie Erholung und Muße – schließlich bin ich nicht nur Bäuerin, sondern auch Mensch. Selbst an diesem sehr kurzen Rückblick lassen sich die großen Fragen, mit denen wir konfrontiert sind, ablesen: Wie gehen wir mit den Folgen des Klimawandels um und welche Schritte können wir Bäuerinnen und Bauern tun, um ihn nicht noch zu verstärken? Wie erzeugen wir politischen Druck, damit unsere Arbeitsgrundlage nicht zum Spekulationsobjekt wird? Wie können wir die Arbeitsbelastung in der Landwirtschaft auf ein gesundes Maß bringen und diese verantwortungsvolle und schöne Berufung zukunftsfähig gestalten? Der Winter bringt hoffentlich genug Ruhe und Zeit, gemeinsam an diesen Fragen zu arbeiten.

Alina Reinhartz,
70567 Stuttgart

Landwirtschaftsfern

Der vergangene Winter: Zeit, sich mit Papierkram und der nächsten Saison zu beschäftigen. Das bedeutete auch, sich um eine Vertretung für mich zu kümmern. Im Sommer bekomme ich ein Kind. Nach mehreren Anläufen erreiche ich die Dame der SVLFG und erfahre: „Ja, Betriebshilfe ist möglich, aber versuchen Sie selbst jemanden zu organisieren. Gemüsebau in Berlin und Brandenburg, da finden wir niemanden.“ Mein Antrag auf bezahlte Wochenendarbeit für den gefundenen Betriebshelfer wird erstmal abgelehnt. Mehr als 40 Stunden in der Woche werden nicht übernommen, obwohl er mich als Betriebsleiterin ersetzen soll. Der bisher gefundene Betriebshelfer möchte nur 32 Stunden arbeiten. Zum Glück erfüllt er aber sonst alle Kriterien: nicht verwandt, nicht verschwägert, nicht länger als drei Wochen im Betrieb gearbeitet. Merkwürdige Bedingungen, aber nun gut. Gesetzlicher Mutterschutz beginnt sechs Wochen vor dem errechneten Termin und geht bis acht Wochen nach der Geburt. Berufsgenossenschaft und ärztliche Empfehlung sind sich einig: Eine Schwangere soll nicht mehr als fünf Kilogramm tragen, keine schweren Maschinen bedienen und sich auch sonst keinen „besonderen Risiken“ aussetzen. Das hieße für mich jedoch ein sofortiges Beenden der Arbeit, schon vor dem Mutterschutz. Ich rufe bei meiner Sachbearbeiterin der Krankenkasse an: Nein, eine vorherige Niederlegung der Arbeit bei Schwangerschaft ist nicht vorgesehen, bzw. es wird kein Betriebshelfer gestellt, wenn ich nicht krank bin. Schwangerschaft ist keine Krankheit. Da gehe ich voll mit, es ändert nur nichts an der Tatsache, dass die Arbeiten auf dem Acker für mich in diesem Zustand nicht leistbar sind. Die Pflanzwochen zu Saisonbeginn sind bei uns mit die arbeitsreichsten Wochen im Jahr, da kommen schon auch mal 60 Wochenstunden zusammen. Beim Ausfüllen der Stundenzettel für die inzwischen zwei Betriebshelfer fällt das noch einmal deutlich auf. In einer Pflanzwoche sind alle Monatsstunden der einen Betriebshelferin abgeleistet worden. Einen Monat später erfahre ich, dass von den 32 Stunden, welche die Betriebshelferin in der Woche gearbeitet hat, nur acht bezahlt werden, da die Stunden eines Monats nicht in einer Woche abgegolten werden können. Ich bin verwirrt. Eine Krankenkasse, welche für Landwirtschaft zuständig ist, akzeptiert nur Stundenzettel „nine to five“? Was ist mit wetterbedingten Arbeitsspitzen? Ich frage mich, was tierhaltende Betriebe da machen? Heuernte nur bis 17 Uhr? Stirnrunzelnd akzeptiere ich diese für mich sehr landwirtschaftsferne Denkweise. Kurz vor dem Geburtstermin bekomme ich noch ein Formular zugeschickt. Auf diesem steht u. a., dass für die Fortzahlung der Ersatzleistungen eine ärztliche Bescheinigung für die Arbeitsunfähigkeit (AU) nach der Geburt bis 48 Stunden nach der Entbindung vorliegen muss. Auf der Seite des Familienministeriums steht, dass der Mutterschutz nach der Geburt verpflichtend ist. Wozu also die Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung? Zehn Tage nach der Geburt sitze ich am Rechner und kontrolliere die Zahlungen der SVLFG. Es fehlen zwei Wochen im Mai und ich greife zum Hörer, um meine Sachbearbeiterin zu erreichen. Nach vier Versuchen bei anderen Durchwahlen lande ich mit einer Wartezeit von insgesamt 40 Minuten bei meiner Sachbearbeiterin. Die Zahlungen hat sie leider vergessen. Es sei ihr verziehen. Verabschiedend meine ich noch: „Die AU vom Krankenhaus ist unterwegs“. Sie: „Welche AU?“ Ich: „Na die, welche auf dem Formular zur Fortzahlung des Betriebshelfers verlangt wird.“ Sie: „Das haben Sie missverstanden, die brauchen wir nicht. Sie hätten einfach innerhalb der ersten 24 Stunden nach der Entbindung bei uns anrufen müssen, um uns die Notwendigkeit für die Fortbeschäftigung des Betriebshelfers zu bestätigen.“ An dieser Stelle endet mein Verständnis für merkwürdige Behördenvorgaben. Etwas ungehalten verweise ich auf die schlechte Erreichbarkeit der SVLFG und meinen Zustand in den ersten 24 Stunden nach der Geburt. Kurz bevor ich auflege, erfahre ich noch, dass ich nun für die ersten zehn Tage Mutterschutz nach der Geburt keine Leistungen erwarten kann, da ich der oben genannten Bedingung nicht nachgekommen bin und viel zu spät Bescheid gegeben habe. Außerdem möchte die Dame noch wissen, für was genau wir nun noch einen Betriebshelfer benötigen. Es ist Juli, so trocken wie seit vielen Jahren nicht mehr und unsere Äcker voller Gemüse. Hinterher frage ich mich, was ich falsch gemacht habe. Bin ich zu naiv zu glauben, dass eine Institution, die nur für die Landwirtschaft da ist, sich auch mit Landwirtschaft auskennt?

Theresa Lehr,
10117 Berlin
Bei ähnlichen Erfahrungen freue ich mich über einen Austrausch

Betriebsspiegel:

10 ha, davon 7 ha Gemüseselbsternte (“bauerngarten“), 1 ha Getreide, 1 ha Feldgemüse

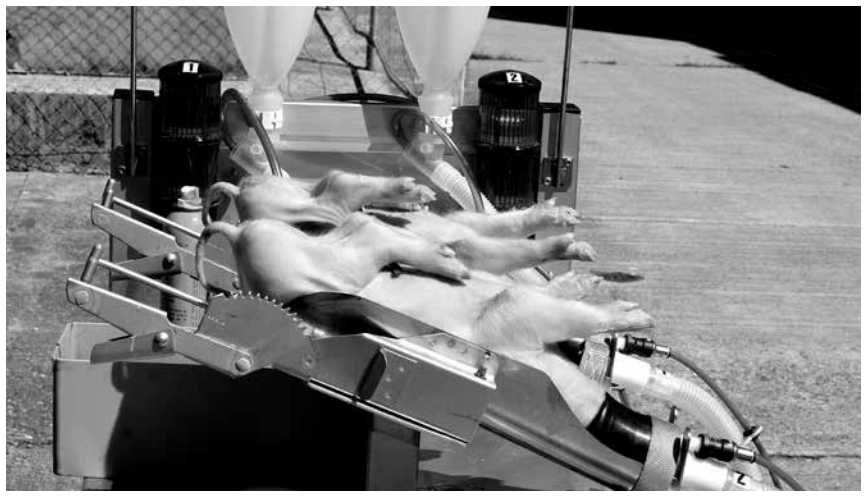
Du armes Ferkel

Männliche Ferkel dürfen noch zwei weitere Jahre ohne Betäubung kastriert werden

Bis jetzt ist es nur eine Entscheidung im Koalitionsausschuss, die betäubungslose Ferkelkastration um zwei weitere Jahre zu verlängern. Anfang November soll die Fraktionsinitiative von Union und SPD zur Änderung des Tierschutzgesetzes zur Abstimmung im Bundestag eingebracht werden. Die geplante Fristverlängerung soll nach Aussagen des parlamentarischen Staatssekretärs Hans-Joachim Fuchtel von einer Aufklärungskampagne über Fleisch von immunokastrierten Tieren, der Förderung von Schulungsprogrammen für Landwirte zur Durchführung der Kastration unter Betäubung sowie einem Förderprogramm zum Erwerb von Narkosegeräten begleitet werden. Die Bundesregierung will damit verhindern, dass es für die Ferkelerzeugung in Deutschland zu Wettbewerbsnachteilen gegenüber ausländischen Ferkeln kommt. Statt der Landwirtschaftsministerin Julia Klöckner versucht Alexander Dobrindt (CSU) die Fristverlängerung als großen Durchbruch zu verkaufen und verkündet, nun sei Ferkelzucht in Deutschland auch in Zukunft gesichert. Dass das Ende der betäubungslosen Ferkelkastration zum 1. Januar 2019 schon vor fünf Jahren beschlossen worden war, erwähnt Dobrindt nicht. Für die Ferkelerzeuger dürfte die Aufschiebung vorerst eine Erleichterung bedeuten. Sie gewinnen Zeit, sich für eine der verschiedenen Methoden zu entscheiden. Gleichzeitig hat die sich über mehrere Monate hinziehende Diskussion über ein Ja oder Nein zur Fristverlängerung die Diskussion um Alternativen deutlich beschleunigt. Sicher hätten die Ferkelerzeuger schon in den vergangenen fünf Jahren ihre Betriebe auf die neue Rechtslage vorbereiten müssen. Die aktuelle Diskussion hat aber gezeigt, dass neben den Ferkelproduzenten auch die Schlachtunternehmen und vor allem der Handel ganz wesentlich dafür verantwortlich sind, welche Methoden in der Praxis angewendet werden können. Vor allem die Ebermast und die Immunokastration sind bisher nicht in der Breite vorstellbar. Die Forderung nach einer Schweinemast ganz ohne Kastration, die von Jörn F. Göbert, dem Vorsitzenden der Geschäftsführung der Landwirtschaftlichen Ferkelzucht Deutschland (LFD), der Nachfolgeorganisation des Straathof-Konzerns, gestellt wurde, hat natürlich auch eine ökonomische Komponente. Spart der Ferkelerzeuger sich die Kastration bei gleichem Preis, macht er Gewinn. Aber sie ist eben auch die Variante, bei der dem Ferkel keine Schmerzen zugefügt werden. Von den diskutierten Alternativmethoden, Ebermast, Immunokastration, Isofluranbetäubung und Lokalanästhesie, ist sie die mit dem am weitesten gehenden Veränderungsbedarf in der Verarbeitungskette. Neben den Anforderungen an das Management während der Haltung müsste bei der Schlachtung die Auslese der Stinker sichergestellt und gegenüber den Kunden das Image von Eberfleisch verbessert werden. In Holland, Spanien und England habe die Jungebermast, bei der die Tiere mit ca. 100 kg geschlachtet werden, schon ihre Praxistauglichkeit gezeigt, erklärt Göbbert.

Keine Festlegung

Die Bundestierärztekammer hatte sich im Vorfeld für die Methode der Immunokastration ausgesprochen. Der Ermächtigung der Ferkelproduzenten zu einer selbstständigen Betäubung der Ferkel, bisher ist dies nur den Tierärzten erlaubt, steht man ablehnend gegenüber. Offenbar soll es den Landwirten überlassen bleiben, welche Methode sie in Zukunft wählen. Schon jetzt ist allerdings klar, dass alle Kastrationsvarianten Mehrkosten bedeuten. Der dadurch drohende Wettbewerbsnachteil einheimischer Ferkel gegenüber dänischen oder holländischen kann dadurch nicht aufgelöst werden. Seine Auswirkungen werden allenfalls um zwei Jahre verschoben. Es wäre an der Zeit, dass sich die Bundeslandwirtschaftsministerin daran macht, ein tragfähiges, die Zukunft der deutschen Ferkelproduktion und Schweinehaltung sicherndes, Konzept zu erarbeiten, das die gesamte Warenkette vom Stall bis zur Theke einschließt. *mn*



Kastration unter Inhalationsnarkose Foto: FIBL

Ausgeschlafene Erfahrungen

Wie zufriedene Praktiker die Betäubung umsetzen

Viele Wege führen nach Rom, das gilt auch für das brennende Thema des Endes der betäubungslosen Ferkelkastration. Es gibt bereits eine Reihe landwirtschaftlicher Betriebe, die unterschiedliche Verfahren in der Praxis einsetzen und damit ein Stück weit die von Bundeslandwirtschaftsministerin Julia Klöckner (CDU) ins Feld geführte Argumentation zur Begründung ihrer Untätigkeit, es gebe keine praxisreifen Lösungen, widerlegen. Während Biobetriebe des Verbandes Naturland offenbar gute Erfahrungen mit der Immunokastration sammeln, setzen Bioland-Betriebe – wenn sie nicht die Eber mästen – auf die Kastration unter Vollnarkose. Wilhelm Schulte-Remmert ist ein nordrhein-westfälischer Bioland-Sauenhalter, der nun auch innerhalb eines Projektes der Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung (BLE), ansonsten aber schon seit über vier Jahren seine Ferkel unter Vollnarkose kastriert. Er setzt dabei auf die Injektionsnarkose, die oftmals als schwierig dargestellt wird, weil sie die Ferkel länger betäubt als die Inhalationsnarkose mit dem Gas Isofluran. Der entscheidende Faktor sei aus seiner Sicht, so Schulte-Remmert, dass die Menge und Mischung des Präparates aus Ketamin und Stresnil stimme. Seine Tierärztin sei da sehr genau, wiege jedes Ferkel und injiziere dann die individuell nötige Dosis. Zuvor bekommen die Ferkel noch ein Schmerzmittel, schlafen zehn Minuten nach der Narkosegabe, werden dann kastriert und in das abgetrennte warme Ferkelnest gesetzt. Nach dreieinhalb Stunden sei dann eigentlich auch der letzte wieder wach, so Schulte-Remmert. „Wir haben jetzt 7.000 Ferkel so kastriert, es ist noch keins nicht wieder aufgewacht“, so seine Erfahrungen. Er hält auch das Argument, die lange Aufwachzeit fehle bei der wichtigen Milchaufnahme in den ersten Tagen, für „Kokolores“. Auch weil bei ihm eben nicht die häufig kolportierten Schlafzeiten von sechs, sieben Stunden erreicht würden.

Kurz betäubt

Neuland-Betriebe setzen seit zehn Jahren auf die kurzzeitigere Vollnarkose mit dem Inhalationsgas Isofluran. Wie bei Jan Gerstenmeyer aus dem niedersächsischen Wendland gibt es auch hier umfangreiche Erfahrungen. Inzwischen haben die niedersächsischen Neuland-Betriebe eigene Geräte für jeweils rund 7.000 Euro angeschafft, mit denen allerdings immer noch der Tierarzt die Narkotisierung vornehmen muss. Gerstenmeyer hält entsprechende rechtliche Veränderungen für sinnvoll, die es auch den Bauern und Bäuerinnen selber erlauben würden, die Ferkel zu narkotisieren, die über eine Atemmaske auch nach Gabe eines Schmerzmittels nur für einen Zeitraum von wenigen Minuten betäubt sind. Auch er hat noch kein Ferkel durch die Narkose verloren, hält das System für sehr praxistauglich, wenn es Schulungen für die Bauern und Bäuerinnen geben würde. Ihn verwundert, dass immer noch so getan würde, als gäbe es keine praxisreifen Methoden. Immerhin habe jetzt mal ein Sauen haltender Nachbar bei ihm angerufen und sich erkundigt, wie es denn funktioniere mit der Betäubung. *cs*

Ökologisierung des Mainstreams...

... oder Konventionalisierung der Ökos?

Veränderung ist wohl auch im Zusammenhang mit der nun vertraglich beschlossenen und veröffentlichten Zusammenarbeit vom Bio-Anbauverband Bioland und einem der beiden großen Discounter im Lebensmitteleinzelhandel – Lidl – das meist benutzte Wort. In einer sich verändernden Welt geraten Dinge in Bewegung. Und Dinge kommen zusammen, die noch vor 15, 20 Jahren kaum jemand für zusammen gangbar gehalten hätte. Speziell unter den Discountern herrscht ein erheblicher Konkurrenzdruck – auch durch den wachsenden Onlinehandel – um eine Verbraucherschaft, die zwar immer weniger selber kocht, aber immer genauer wissen will, wo die Lebensmittel im Supermarktregal herkommen und wie sie erzeugt werden. Bislang bedienten gerade die Discounter ausschließlich das Bedürfnis der Kunden nach niedrigen Preisen. Nicht, dass dieser Aspekt nun unwichtig geworden wäre, aber ein zunehmender Teil der Gesellschaft – oft werden diese Entwicklungen mit den sogenannten Millennials verbunden, der jetzt erwachsenen Generation der von 1980 bis 2000 geborenen – räumt anderen Aspekten einen ebenso großen oder größeren Stellenwert ein. Gleichzeitig gibt es in der Landwirtschaft aus im Wesentlichen zwei Motivationen heraus – schlechte konventionelle Erzeugerpreise und wachsende gesellschaftliche Kritik an der Art der konventionellen Erzeugung – ein großes Interesse an neuen landwirtschaftlichen Wegen.

Anspruch umzugestalten

Einer davon, den seit einigen Jahren zunehmend Betriebe beschreiten, ist die Umstellung auf ökologischen Landbau. Parallel – so formuliert es auch Jan Niessen von der TH Nürnberg, der zuvor als Bioländer über weite Strecken bei den Verhandlungen mit Lidl dabei war – lässt sich in den vergangenen Jahren ein Politikversagen beobachten dahingehend, dass gesellschaftlich gewünschte Veränderungen in der Landwirtschaft bzw. der Nutzung oder dem Schutz der natürlichen Ressourcen nicht über einen verbindlichen Rechtsrahmen eingeleitet würden. Der Handel sage dann einfach: „Wir machen es selber“, so Niessen. Lidl ist auf Bioland zugekommen, zwei Jahre wurde verhandelt, schließlich ein Vertrag geschlossen, der Fair-play-Regeln und eine Ombudsstelle zur Schlichtung von eventuellen Streitfällen beinhaltet. Bioland-Präsident Jan Plagge betont in zahlreichen Interviews die große Ernsthaftigkeit, mit der die Lidl-Vertreter den Bioländern begegnet seien. Im Verband wurde ebenfalls gesprochen, auch gerungen, schließlich von der Bundesdelegiertenversammlung festgelegt, dass unter Einhaltung bestimmter Werte und Prinzipien mit allen Vertretern des Handels gesprochen werden soll, nicht nur wie bislang mit dem Naturkost-Fachhandel. „Natürlich wird da jetzt Neuland betreten, aber es gibt keine andere Option, wenn wir den Anspruch haben, die Landwirtschaft umzugestalten“, sagt Niessen, „der entscheidende Dreh ist, aufzupassen, dass man nicht so endet wie der Bauernverband und nur noch den Industrieinteressen hinterherläuft.“ Wenn jetzt auf den Naturkosthandel gepocht werde, werde verkannt, dass der Fachhandel eben immer nur einen geringen Teil des Marktes bedienen könne.

Viel Gesprächskultur

Bioland sei ein Verein von Bauern und Bäuerinnen, die sich Hilfe zur Selbsthilfe auf die Fahnen geschrieben hätten. Das sei wichtig, um den vermeintlich übermächtigen Handelspartnern organisiert gegenüberzutreten, so Niessen. „Es gibt das positive Beispiel aus Südtirol, da arbeiten die Erzeuger schon seit Jahren in Genossenschaften mit dem Handel zusammen – und reden auf Augenhöhe.“ Er sieht als wichtigsten Fortschritt in dem Vertrag zwischen Lidl und Bioland die Tatsache, dass heimische Erzeuger nicht mehr so leicht austauschbar sind wie bislang. Denn: Schon seit Jahren liefern Bioland-Bauern und andere Verbandsbetriebe in den großen Absatzkanal Discounter, ohne dass die Ware als solche ausgelobt würde. Das ist auch der Hauptgrund, warum Monika Tietke, Geschäftsführerin des Biokartoffelerzeugervereins BKE, den Deal sehr positiv sieht. Gerade bei Kartoffeln brauchte es in den vergangenen Jahren viel Gesprächskultur, um unter dem Druck günstigerer Auslandsware dem Handel einen anderen Umgang nahezubringen. Tietkes Erfahrung ist, dass überall Menschen sitzen können, die gut oder schlecht agieren, im Naturkosthandel wie im konventionellen LEH, bei den Abpackbetrieben wie auch unter den Bauern. Viel laufe eben über persönliche Beziehungen, das Entwickeln von Verständnis für den Partner und seine Position. Vor sechs Jahren verschenkten BKE-Mitgliedsbetriebe vor Lidl- und Aldi-Filialen ihre Kartoffeln im Frühjahr, weil die Discounter dem vermeintlichen Kundenwunsch nach neuen Kartoffeln entsprechend Ware aus Ägypten und Israel importierten, obwohl die Läger hier noch voll waren. Das sei heute kein Thema mehr, nicht nur weil Regionalität überall auf der Agenda stehe, sondern weil es gebündelte Erzeuger in diesem intensiven Austausch mit dem LEH und seinem Wunsch nach Veränderung gebe, ist sich Tietke sicher. Hauptsache, der Handel überreiße es nun nicht über die Preise, gibt sie auch zu bedenken. Die alten Maximen - der Verkaufspreis darf nicht höher sein als bei der Konkurrenz, mach eine Ausschreibung, nimm das billigste Angebot und schlage deine mehr oder weniger immer gleiche prozentuale Marge drauf - sind ja nicht plötzlich ganz weg. Zumindest im Interview mit der Lebensmittelzeitung betont Jan Bock, Geschäftsleiter Einkauf bei Lidl, Bioland-Artikel nicht verramschen zu wollen. Zwar werde der Liter Bioland-Milch so viel kosten wie die Biomilch bei Aldi, die Preise für die Bauern sollten aber fair sein, so dass Lidl im Zweifel bei der Marge Abstriche mache. Man wolle die Wertigkeit kommunizieren, etwas neues für Lidl.

Regional, Bio, Tierwohl - alles im LEH möglich Foto: Gandenberger

Welches Wertesystem

Für Michael Grolm, Bioland-Imker aus Thüringen, macht es einen Unterschied, ob man die Vereinskriterien aufweiche, um industriellen Strukturen entgegenzukommen oder ob man festhaltend an den eigenen Verbandswerten in industrielle Strukturen liefere. Am liebsten wäre ihm zwar eine Welt ohne Lidls und Aldis, aber die seien nun mal die Realität, in die eine wachsende Erzeugung von Bioprodukten auch abfließen können müsse. „Ich wünsche mir eine bäuerlich-ökologische Landwirtschaft auf 100 Prozent der Fläche“, so Grolm. Da müsse man dann auch in solche Strukturen liefern, wenn die Konditionen so gut seien wie jetzt ausgehandelt. Er sieht – wie es auch Bioland betont – ein anderes Zielpublikum, das erreicht werde ohne dass weniger Leute im Naturkosthandel kaufen würden. Aus den Discountern wird kein Fachhandel entstehen, wie es Elke Röder vom Naturkosthandel-Dachverband BNN in einem Kommentar auch nur rhetorisch fragt. Sie thematisiert die Gefahren, die darin liegen, sich mit einem Unternehmen einzulassen, das wahrscheinlich nur bis zu einem bestimmten Umfang bereit ist, bei den eigenen Margen Abstriche zu machen, um den bäuerlichen Lieferanten faire Preise zu zahlen. Auch betont sie die Wichtigkeit des Wertesystems, welches zu hinterfragen ist, bei einem Handelskonzern, der zum überwiegenden Teil umweltbelastend erzeugte und unfair gehandelte Ware verkauft. Es ist richtig, dass bestimmte Utopien nur mit kleineren Strukturen möglich bleiben. Wichtig ist sicherzustellen, dass diese Strukturen auch erhalten bleiben. Und gleichzeitig muss man zumindest die Hoffnung haben können, dass sich – aus Marketinggründen oder echtem Umdenken – auch in den großen Strukturen Veränderungen im Sinne von Bauern und Bäuerinnen durchsetzen lassen. *cs*

Penny geht aufs Ganze

Auch der Rewe-Discounter will sich mit Tierwohl profilieren und Kunden überzeugen

An den Landwirten werde es nicht liegen, konstatierte Rudolf Festag, geschäftsführender Vorstand der Erzeugergemeinschaft für Schlachtvieh im Raum Osnabrück e. G. (EGO), bei der Vorstellung des „Teutoburger Hofschweins“, eines Tierwohl-Projektes des Rewe-Discounters Penny. Wenn es darum gehe, Veränderungen in der Tierhaltung umzusetzen, werde genau auf die geschaut, die es schon wagten. Drei Betriebe sind das konkret in „seiner“ Erzeugergemeinschaft von 300 Mitgliedern, die nun 150 Schweine in der Woche über den EGO-Schlachthof in Georgsmarienhütte und das Fleischverarbeitungsunternehmen Stockmeyer im nahen westfälischen Sassenberg an Penny vermarkten. Kurze Wege sind also garantiert. Das besondere aber ist, dass Penny ganze Tiere abnimmt, nicht nur Edelteile, Festag rechnet mit einer Zwei-Drittel-Verwertung. Sechs Wurstprodukte hieraus gehen in alle 2.180 Penny-Filialen in Deutschland, die drei Fleischprodukte landen hingegen nur in 550 ausgewählten Filialen. Für mehr reiche es hier zunächst noch nicht. Die Filialen seien ausgewählte, eher urbane, in denen man einen höheren Kundenanteil mit Vorliebe für besondere, höherpreisige Produkte ausmachen könne. „Bei uns heißt das Sushi-Index“, erklärt Stefan Magel, Rewe-Vorstandsmitglied und Chef des operativen Geschäfts bei Penny. Da, wo eher Geld für Sushi ausgeben wird, könnten auch eher die 40 Prozent mehr für Fleisch aus einem Tierwohl-Projekt ausgegeben werden. Man reiche die höheren Kosten an den Endverbraucher weiter, so Magel. Zumal auch auf eine höhere Fleischqualität durch den Einsatz von Duroc-Ebern und Hausschweinen gesetzt wird. Die Tierwohl-Kriterien sind die der Einstiegsstufe des Tierschutzbund-Labels, dessen einer Stern auch auf der Verpackung prangt. Neben der von Penny eingeführten Haltungskennzeichnung, die hier die Stufe drei, Tierwohl plus, vorsieht und neben einem herzigen Foto von drei Bauern und dem Naturgut-Eigenmarken-Logo. Viel zu sehen also für den Kunden, aber auch zu verstehen? Man kommuniziere das Projekt über die Printprodukte, Werbeflyer, soziale Medien, so Magel. Auch die Pressekonferenz in einem Penny-Markt in Köln findet im laufenden Betrieb vor einer Werbewand statt. 50 Prozent mehr Platz für die Tiere, organisches Beschäftigungsmaterial, maximal 3.000 Schweine pro Betrieb, gentechnikfreie Fütterung sind die zentralen Kriterien. Die Ringelschwänze sollen mindestens perspektivisch immer dran bleiben, eine der größten Herausforderungen wegen des Mehraufwands an Tierbeobachtung und Management, so Festag. Die drei Betriebe kastrieren betäubt oder mästen die Eber. Letzteres ist gerade besonders ein Anliegen von Tierschutzbundpräsident Thomas Schröder, der als Labelgeber auch mit vorstellt. Er betont einmal mehr, dass man mit dem eigenen Label die Lücke schließe, die der Gesetzgeber schon seit Jahren nicht schließen wolle.

Thomas Schröder, Stefan Magel, Rudolf Festag präsentieren das Projekt Foto: Schievelbein

Nach drei ersten Verkaufswochen seien die Erfahrungen ganz positiv, so Penny-Chef Magel. Eine bestimmte Zeitvorgabe gebe es für das Projekt nicht, sagt er, man wolle aber eine langfristige Zusammenarbeit. Rudolf Festag schmunzelt: „An der Stelle wird es interessant.“ Bisher gibt es einen zweijährigen Vertrag mit Stockmeyer, die Zahl der Schweine soll kurzfristig auf 200 pro Woche steigen. Die Erzeugerpreise seien vergleichbar mit denen ähnlicher Projekte, sprich: den 2,05 Euro pro Kilo Schlachtgewicht, die Aldi zahlt. Jetzt müsse man sehen, ob der Kunde nur rede oder auch kaufe, betont Festag, dann würden schon auch noch Betriebe dazu kommen. *cs*

Vom Allgäu in die Welt

20 Jahre Erfahrungen mit regionaler Vermarktung

Sie sind die alten Hasen, wenn es um eine direkte Kooperation zwischen Bauern und Bäuerinnen und dem Lebensmittelhandel geht – die inzwischen über 600 bäuerlichen Betriebe im Allgäu und der Kemptener Lebensmittelhändler Feneberg. In einer Zeit, in der gefühlt wöchentlich neue Kooperationen zwischen Erzeugern und Handelsfirmen in der Öffentlichkeit vorgestellt werden, feierte das „VonHier“- Programm im August sein 20-jähriges Jubiläum mit einem großen Hoffest auf einem der mitmachenden Milchviehbetriebe. „Was willst du mit dem Bioscheiß“, erinnerte sich dort Hannes Feneberg an die Worte seines Vaters, als er ihm – damals junger Betriebsnachfolger – von seinen Ambitionen berichtete. In Ernst Wirthensohn hatte er zuvor einen aufgeschlosseneren Gesprächspartner gefunden: Der arbeitete damals als landwirtschaftlicher Berater im Allgäu und suchte nach Perspektiven für die bäuerlichen Betriebe dort jenseits des allseits propagierten Wachsens und Weichens. Regionalität – essbare Heimat – als Verkaufsargument war damals im Kommen. Feneberg wollte zudem noch die strengen Richtlinien der Bioverbände und hält diese klaren Regeln nach wie vor für ein Erfolgsmoment des Projektes. Wirthensohn organisierte die Betriebe, die zum Teil erst für das Projekt umstellten, und moderiert nach wie vor die Gesprächsrunden. Man begegne sich auf Augenhöhe, wenn sich die Sprecher der verschiedenen Erzeugergruppen für die inzwischen 400 „VonHier“-Produkte zum Besprechen von Preis- und Lieferbedingungen träfen, so Wirthensohn. Zwar gebe es nicht unbedingt langfristige Verträge, aber es sei immer klar gewesen, dass von den Kosten der Bauern aus kalkuliert werden müsse. In einem Buch, das er über das Projekt gemacht hat, gibt es ein Interview mit Hannes Feneberg, der dort sagt, dass ein ständiges Moderieren notwendig sei: „Der Landwirt braucht Geduld, der kann nicht dem jeweils besten Preis nachspringen. Umgekehrt muss auch der Handel – wie der Landwirt – in Generationen denken.“ Wenn man gemeinsam etwas aufbaue, rechne sich für alle eine stabile Partnerschaft.

Martin Huber liefert Kartoffeln ins „VonHier“-Programm. Nicht nur seine eigenen, er organisiert auch die anderen Anbauer. Manchmal sei es nicht so einfach angesichts wachsenden Regionalitätsbewusstseins verschiedenster Programme rundum, immer auf den Punkt die gewünschten Mengen aus dem 100-Kilometer-Radius, den „VonHier“ vorschreibt, zu haben, erläutert er. Gerade bei einem Produkt wie Kartoffeln, wo die Erntemengen von Jahr zu Jahr stark schwankten. Hier beweise sich dann immer wieder das gewachsene gute und direkte Verhältnis zu Feneberg, um Lösungen zu finden. Zehn Prozent Umsatz macht der Lebensmittelhändler mit eigener Metzgerei und Bäckerei mit den „VonHier“-Produkten vom Apfel bis zum Ziegenkäse, Steigerungspotential sei sicher noch vorhanden, mutmaßt Wirthensohn. Und zumindest in Teilen sieht er sein regionales Projekt auch als Blaupause für andere europäische Regionen – solange bestimmte Strukturen noch vorhanden sind. Seine Idee ist nach wie vor: „Jeder Bauer hat seine Chance.“ *cs*

Das Buch zum Projekt: „So schön kann Landwirtschaft sein“, Hrsg. Ernst Wirthensohn, Brack-Verlag, 208 S., 19,90 Euro, ISBN 978-3-86389-038-4, zu beziehen über den AbL-Verlag?

Demeter bei Kaufland

Der Verband will seine Handelskriterien zur Unternehmenskultur weiterentwickeln

Schon seit mehreren Jahren sei Demeter nicht mehr nur alleine im Fachhandel zu finden, erklärt der Verband auf Nachfrage. „Wir waren auf dem Weg zu einer Art Flickenteppich, das machte unsere Vertriebsstrategie rechtlich angreifbar.“ Aber um jeden Preis den Handel bedienen, wollen die anthroposophisch ausgerichteten Produzenten auch nicht: „Wer Demeter-Produkte vermarkten will, muss bestimmte Regeln einhalten. Demeter-Produkte müssen als Premiumprodukte präsentiert werden, faire und langfristige Beziehungen mit den Lieferanten und Kunden sind gefordert.“ Gleichzeitig sei sich der Verband darüber im Klaren, dass man es mit großen Playern zu tun habe. Genau hier aber wolle man einen Beitrag zu einer wertschätzenden Unternehmenskultur leisten. Aus bäuerlicher Sicht interessant sein dürfte, welche Auswirkungen die neuen Handelsbeziehungen – neben Kaufland findet man auch bei real Demeter-Produkte – auf die Strukturen und Größe der Betriebe haben werden. „Wir sind nicht gegen größere Betriebe, sondern wollen eine Vielfalt an Höfen, Verarbeitungsbetrieben und Händlern erhalten und entwickeln. Wir bemühen uns daher, die kleinen bäuerlichen und handwerklichen Betriebe bei ihrer Vermarktung zu unterstützen. Wir wollen aber nicht in der Nische bleiben, sondern auch eine größere Breite an KundInnen erreichen.“

Und die Folgen

Ganz ähnlich verhält es sich auch in Bezug auf die Verarbeitungsstrukturen. Die steigende Nachfrage auch großer Partien erfordert große schlagkräftige Produktionslinien. Diese stehen nicht selten im Widerspruch zu den Anforderungen an eine handwerkliche Produktion mit langen Reifezeiten beispielsweise in Käsereien und einem auf natürliche Teigreifung setzenden Bäckerhandwerk. „In der Verarbeitung ist die Frage, ob auch größere Betriebe die Prinzipien der handwerklichen Verarbeitung umsetzen, z. B. eine entsprechend lange Reifezeit für Quark und Joghurt. Insgesamt muss es uns gelingen die Demeter-Qualitätsansprüche aufrechtzuerhalten und die dafür notwendigen Preise am Markt zu erzielen.“ Es ist dieses Spannungsfeld, vor dem viele der Bio-Verbände und andere Qualitätsprogramme wie Neuland stehen: Für die wachsende Anzahl an Lieferanten geeignete Absatzwege zu finden, die eigenen Strukturen und Werte dabei aber auch gegenüber scheinbar übermächtigen Handelskonzernen nicht zu verraten. „Wir sehen uns als Entwicklungsgemeinschaft – das heißt, nach vorne denken und uns den gesellschaftlichen Herausforderungen stellen. Faire Handelsbeziehungen zu schaffen ist ein wichtiges Thema unserer Zeit“, so der Demeter-Verband. *mn*

LEH-Ausflug ins Grüne
Foto: Schoenemann/Pixelio

Unfaire Handelspraktiken sollen verboten werden

Auch die Tierschutzprogramme des Handels könnten betroffen sein

Die immer weiter fortschreitende Konzentration einzelner Unternehmen innerhalb der Handelskette von Lebensmitteln und deren daraus resultierende Marktmacht wird schon seit vielen Jahren immer wieder kritisiert. Auch EU-Kommissar Phil Hogan sieht diese Bedrohung eines fairen Wettbewerbs. 2014 sagte er im EU-Agrarausschuss: „Die schnelle Konzentration bei Handel und Verarbeitern hat für viele Landwirte zu einer ungleichen Verhandlungsposition geführt.“ Im Frühjahr dieses Jahres hat die Generaldirektion Landwirtschaft nun einen Vorschlag gemacht, obwohl Handelsfragen in der EU eigentlich in die Kompetenz der Generaldirektionen Binnenmarkt und Wettbewerb fallen würden.

Klare Regeln

In dem neuen Gesetz soll u. a. eine zeitnahe Bezahlung von leicht verderblichen Waren geregelt werden. Ebenso ein Verbot kurzfristiger Stornierung, die es dem Anbieter von verderblicher Ware unmöglich macht, andere Abnehmer zu finden. Auch sollen einseitige Änderungen der Lieferbedingungen – die Häufigkeit, den Zeitpunkt, Umfang und Qualität betreffend – untersagt werden. Zulasten des Lieferanten gehende Klauseln, die diesen zur Übernahme der Kosten für verdorbene Ware verpflichten, und die Praktik, dass der Handel sich eine Listung neuer Produkte durch sogenannte Listungsgebühren bezahlen lässt, sollen ebenso untersagt werden wie die Praxis, den Lieferanten die Produktwerbung des Verkäufers bezahlen zu lassen.

Nur gesetzliche Standards

Im weiteren Abstimmungsprozess zwischen Kommission, Agrarministerrat und EU-Parlament wurden vor allem im Agrarausschuss des Parlaments Anfang Oktober zahlreiche Änderungsanträge gestellt. Dabei wurde einem von deutschen Parlamentariern der CDU eingebrachten Änderungsantrag zugestimmt, der auch Vorgaben zu Tierschutz- und Umweltfragen als unfaire Handelspraktiken betrachtet. Hiervon betroffen wären dann eventuell auch die vom LEH in den vergangenen Jahren eingeführten Tierwohlprogramme. Denn die Parlamentarier fordern, dass der Handel keine zusätzlichen Qualitätskriterien von Lieferanten verlangen darf, die über gesetzliche Bestimmungen hinausgehen. Nur wenige Tage später forderte Kaufland in einer Pressemitteilung Tier- und Umweltschutzorganisationen auf, „gemeinsam mit uns diese bewusste Entscheidung gegen den Tierschutz zu verhindern“. Eine ungewöhnliche Allianz sollte da entstehen. „Mit diesem EU-Verbot sollen kleine landwirtschaftliche Betriebe geschützt werden. Aber das Gegenteil ist der Fall: Es nimmt gerade kleinen und mittelständischen Betrieben die Möglichkeit, rentable Nischen zu entwickeln und sich im Wettbewerb zu behaupten“, argumentiert Kaufland weiter. Die verstärkte Lobbyarbeit der Tier- und Umweltschutzverbände zeigt, dass die Initiative offenbar Erfolg hatte.

Augenwischerei?

Ob die Zielrichtung wirklich der Schutz kleiner Betriebe ist, darf bezweifelt werden. Vielmehr könnte den großen Handelsunternehmen auch daran gelegen sein, die Gesetzesinitiative als Ganzes zu kippen. Denn der Zeitplan ist denkbar eng. Eine Entscheidung muss noch vor den Parlamentswahlen im Mai kommenden Jahres fallen. Neben einer möglichen Plenarabstimmung im Parlament muss die Abstimmung innerhalb des Trilogs zwischen Kommission, Agrarrat und Parlament stattfinden. Hier jedoch, so zeigen erste öffentliche Stellungnahmen, wird die eingebrachte Erweiterung auf Tierschutz- und Umweltstandards kritisch gesehen. Selbst der Berichterstatter des Agrarausschusses, der italienische Sozialdemokrat Paolo De Castro, hat eine Kehrtwende hingelegt. Obwohl er im Agrarausschuss für die Vorschläge der CDU stimmte, erklärte er danach unter dem Druck der Umweltorganisationen in einer Pressemitteilung, diese im Trilog nicht verteidigen zu wollen. Die EU-Abgeordnete Maria Heubuch, die den Gesetzesvorschlag für die Fraktion der Grünen verfolgt, erklärt: „Die konservativen Kräfte im EU-Parlament sperren sich traditionell gegen jede Anhebung von gesetzlichen Tier- und Umweltstandards. Nun wollen sie auch höhere private Standards verbieten. Aber es gibt genug Beispiele dafür, dass der Handel oft weitaus rascher auf die Bedürfnisse und Forderungen der Bürgerinnen und Bürger eingeht als die Politik. Gentechnikfreie Milch z. B. gäbe es nicht ohne die Initiative der Supermärkte. Wenn nun weder die gesetzlichen noch die privaten Standards angehoben werden dürfen, dann werden notwendige Verbesserungen komplett ausgebremst. Prinzipiell begrüße ich höhere Standards im Tier- und Umweltschutz. Uns Grünen ist dabei allerdings eines wichtig: Der Mehraufwand muss den Bäuerinnen und Bauern fair bezahlt werden.“ *mn*

Fair gehandelt – gut behandelt

Die Schweinehalter, die an Aldi für „Fair und Gut“ liefern, betonen ihren Zusammenhalt

Vielleicht sind es die Aktionen von NGO's, vielleicht tragen die großen Demonstrationen in Berlin dazu bei, vielleicht ist es die Erkenntnis einer gesellschaftlichen Mitverantwortung oder vielleicht geht es doch nur darum, sich gegenüber den Mitbewerbern im Lebensmitteleinzelhandel (LEH) Vorteile zu verschaffen: In einzelnen, wenn auch noch kleinen Marktsegmenten findet bei Discountern und Filialisten ein Umdenken in der Unternehmenskultur statt. Die Nachhaltigkeitsabteilungen in der Branche wandeln sich von Alibieinrichtungen zu immer einflussreicheren Bereichen des Managements.
Dabei greifen sie zunehmend auf bestehende Erzeugungsstrukturen einer an Nachhaltigkeit und Artgerechtigkeit orientierten Landwirtschaft zurück, die bereits seit Jahrzehnten entwickelt wurden. Für die beteiligten Bäuerinnen und Bauern bietet sich hier die Chance, nicht nur auf breiterer Ebene ihre Erzeugnisse zu vermarkten, sondern als Marktpartner auch ein größeres Mitspracherecht einzufordern, um diese elende Existenz als Ablieferer zu überwinden. Die Qualität wird von Bäuerinnen und Bauern erzeugt. Die anderen Marktpartner verteilen sie nur.
Es war ein weiter Weg für „Neuland“, die Absatzwege auszuweiten und dabei die Marke mit ihren Richtlinien und Ansprüchen ohne Wenn und Aber zu erhalten. In der Verbindung mit Aldi ist das gelungen. Unter der Überschrift „Es ist höchste Zeit, dass es Neuland-Fleisch bei Aldi gibt“, schreibt der Berliner Tagesspiegel über die Sorge, dass bäuerliche Strukturen auf diesem Weg verloren gehen könnten. Er betont jedoch: „Vielmehr muss diese Infrastruktur offensiv vermarktet und auch im Zusammenspiel mit Aldi, Lidl und Co beibehalten werden.“

Das Interesse an alternativen Schweinehaltungssystemen ist da Foto: Wiedmann

Reichlich Stroh

Neben „Neuland“ hat Aldi eine Eigenmarke etabliert. Sie heißt „Fair und Gut“ und wirbt mit dem Slogan: „fair gehandelt -gut - behandelt“. Im Bereich Schwein betrifft dieses Segment Erzeuger im bislang konventionellen Bereich, die zum Teil „Pig Port“- also Frischluft- Ställe haben und zu bislang üblichen Bedingungen ihre Tiere vermarkten mussten, und Betriebe, die durch Um- und Ausbauten notwendige Haltungsvoraussetzungen mit reichlich Stroheinstreu geschaffen haben. Sie müssen den Tieren doppelt so viel Platz, Außenklima, getrennte Funktionsbereiche in den Buchten und Wühlmaterial anbieten. Derzeit wird für die Lieferbetriebe die Ferkelerzeugung mit Langschwänzen und gentechnikfreiem Futter aufgebaut. Besonders für Mastbetriebe besteht eine lange Warteliste. Mit dem Wissen, dass „die derzeitigen Haltungsbedingungen nicht zukunftsfähig sind“, sind viel Betriebe bereit, sich auf den Weg zu machen. Insbesondere dann, wenn der Absatz gesichert ist und die höheren Aufwendungen entlohnt werden. Erzeugnisse von „Neuland“ und „Fair und Gut“ werden in getrennten Märkten und Regionen angeboten. In Berliner Aldi-Märkten wird z.B. „Neuland“ nicht im Discount geführt.

Mitgliederbeteiligung

Die Lieferbetriebe haben zusammen eine Erzeugergemeinschaft gegründet. Auf Vorstandsebene ist auch „Neuland“ vertreten, um einerseits gemeinsame Interessen gegenüber den Marktpartnern zu wahren, aber auch um eigene Marktstrategien durchzusetzen. Diese Erzeugergemeinschaft ist an allen Entscheidungsprozessen beteiligt. Den Mitgliedern dieser Gemeinschaft ist bewusst, dass sie mit ihrer Erzeugung die Grundlage des Projektes sind. Die zweite Grundlage sind die Kunden, die mit ihren Kaufentscheidungen zum Gelingen dieses Vorhabens beitragen müssen. Und da ist noch einiges zu beweisen. Die Erzeugergemeinschaft arbeitet engt mit den Vertretern von Aldi und den Entscheidungsträgern der Firma Tönnies zusammen. Freilich werden unabhängige Kontrollsysteme einbezogen, um die Umsetzung der vereinbarten Richtlinien sicher zu gewährleisten. Die Zuverlässigkeit im Zusammenwirken aller Partner wird jedoch auch maßgeblich dadurch bestimmt, dass über vertragliche Bindungen hinaus ein Vertrauensverhältnis entsteht. Bislang ist es so groß, dass Aldi auf weitere Qualitätsgarantien durch Packungsaufkleber von Umwelt- und Tierschutzorganisationen und auf damit u.U. verbundene Zahlungen verzichtet.

Langer Löffelstiel

Über den Ruf der Geschäftspartner ist in den vergangenen Wochen hinlänglich geschrieben worden. Die beteiligten Bauern wissen, dass man einen langen Löffelstiel braucht, um mit ihnen aus einem Napf zu essen. Der Löffelstiel ist aber so lang, dass er als Maßstab für zukünftige Projekte dienen kann, die sich zwischen LEH und Landwirtschaft sicherlich entwickeln werden. Dazu zählen langfristige Verträge, durch die Investionen in Stallumbauten erst möglich werden, Preise kalkuliert von den Kosten der Schweinehalter aus, eine Ganztiervermarktung und ein kontinuierlicher Austausch. „Hofglück“ in Baden-Württemberg hatte zuvor schon in der Verbindung mit Edeka Süd-West eine hohe Messlatte hingelegt, „Neuland“ sowieso.
Für diejenigen, die das Vermarktungskonzept mit Aldi mitgestaltet haben, waren Zielsetzungen der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft ein wesentlicher Teil ihrer Bemühungen, und sie weisen über eine enge Mitgliedschaft hinaus in weite Bereiche einer bäuerlichen verfassten Landwirtschaft.

Günther Völker, Sprecher der Erzeugergemeinschaft und Sauenhalter in Westfalen

Mehr Öko-Saatgut für Öko-Landwirtschaft

Regulierung von Saatgut in der neuen EU-Öko-Verordnung

Dieses Jahr im Mai haben die EU-Mitgliedsstaaten der reformierten Öko-Basisverordnung 2018/848 zugestimmt, die die Bio-Landwirtschaft in der EU regelt und im Januar 2021 in Kraft treten wird. Die darin enthaltenen Neuerungen im Bereich Saatgut wurden bei einer Informationsveranstaltung im Europäischen Parlament in Brüssel am 16. Oktober 2018 vorgestellt. Eingeladen hatten vier Mitglieder des Europäischen Parlamentes – Martin Häusling (Grüne/EFA), Ivan Jakovcic (ALDE), Eric Andrieu (S&D) und Norbert Lins (EPP) – gemeinsam mit Artemisia Aisbl und Arche Noah.

Nutzpflanzenvielfalt

Moderiert wurde die Veranstaltung von Hannes Lorenzen, der Berater im Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung im EU-Parlament ist. Die jetzige Verordnung zur Vermarktung von konventionellem und ökologischem Saatgut in der EU bewertete er als sehr restriktiv. Sie bringe Landwirte nur zu Sorten für eine intensive Landwirtschaft mit hoher Leistungsfähigkeit, aber geringer genetischer Basis. In der Vergangenheit sei der Verlust an Vielfalt in der Landwirtschaft immens gewesen. Die EU habe sich in der internationalen Biodiversitätskonvention 1992 dazu verpflichtet, die Biodiversität zu fördern. In der neuen Bio-Verordnung wolle sich somit das Parlament dafür einsetzen, dass die Tier- und Pflanzenvielfalt nicht nur in der Natur, sondern auch in der Landwirtschaft vergrößert werde. Eric Andrieu (MdEP) zeigte sich davon überzeugt, dass die neue Verordnung eine nachhaltigere und umweltfreundlichere Bio-Landwirtschaft fördere. Jeder Bauer solle Zugang zu vielfältigem Saatgut haben und bäuerliche Initiativen sollten ermutigt werden, eigenes Saatgut zu entwickeln und zu vermarkten. Blanche Magarinos-Rey, Umwelt- und Menschenrechtsanwältin von Artemisia Aisbl, berichtete, dass in der EU aktuell noch zu wenig ökologisch vermehrtes oder gezüchtetes Saatgut verwendet würde. Die neue Verordnung schreibe daher vor, dass – wenn verfügbar – die verwendeten Sorten nicht nur ökologisch vermehrt werden, sondern auch aus einem ökologischen Züchtungsprogramm stammen und ein hohes Maß an genetischer und phänotypischer Vielfalt aufweisen sollen. Die ökologische Züchtung solle unter ökologischen Bedingungen stattfinden und bei der Auswahl von Pflanzensorten die „agronomische Leistung, die genetische Vielfalt, die Widerstandsfähigkeit gegenüber Krankheiten, die Langlebigkeit, die Anpassung an die unterschiedlichen örtlichen Gegebenheiten in Bezug auf Boden und Klima (…) sowie die natürlichen Kreuzungsbarrieren beachten“ und keine Gentechnik verwenden. Ausnahmeregelungen zur Verwendung von konventionellen statt ökologischen Tieren und Vermehrungsmaterial sollen nach 2035 nicht mehr bestehen.#

Datenbanken

Das Projekt „Liveseed“ von IFOAM mit 49 Partnern aus 18 Ländern fördert die ökologische Züchtung in der EU. Laut der Projektkoordinatorin Alexandra Fuss schreibe die neue Verordnung vor, dass alle Mitgliedsländer vollständige und aktualisierte Datenbanken führen müssten, in denen zur Verfügung stehendes ökologisches Pflanzenvermehrungsmaterial, ökologische Tiere und juvenile Aquakulturtiere aufgeführt werden müssten, was bisher unzureichend passierte. Von einer zentralen Webseite aus seien die nationalen Datenbanken dann alle zugänglich.

Neue Kriterien für Sortenzulassung

Die ökologische Gemüsezüchterin von Saat:gut e. V., Barbara Maria Rudolf, kritisierte in ihrem Vortrag, dass viele gute ökologisch gezüchtete Sorten nach der jetzigen Saatgutvermarktungsverordnung nicht zugelassen würden. Bei einer Sorte müssten alle Merkmale „stabil“ über viele Generationen erhalten bleiben und „homogen“ bei allen Pflanzen im Bestand ausgeprägt sein. Die aktuellen Zulassungskriterien seien zu eng gefasst – Homogenität und Stabilität sollten sich auf wichtige agronomische Merkmale beziehen und nicht auf jede äußerliche Kleinigkeit. In der neuen Verordnung sei deshalb ein auf sieben Jahre angelegtes EU-Experiment vorgesehen, bei dem neue Merkmale und Voraussetzungen für die Vermarktung von Bio-Sorten festgelegt würden.

Heterogenes Material

Fulya Batur vom österreichischen Verein zur Erhaltung von gefährdeten Nutzpflanzen, Arche Noah, stellte vor, dass nach der neuen Verordnung auch „ökologisches heterogenes Material“ vermarktet werden dürfe. Dies öffnet den Markt für Pflanz- und Saatgut, bei dem die einzelnen Pflanzen im Bestand variieren können. In diese Kategorie würden unter anderem bäuerlich gezüchtete Sorten, regional angepasste Landrassen, alte Sorten und Populationen/Composite Cross Populations (Nachkommenschaft einer Kreuzung von mindestens fünf Sorten) fallen, nicht jedoch Sortenmischungen. Dies würde die Vielfalt an Nutzpflanzen in der Landwirtschaft erweitern, könnte mehr Anpassung an den Standort und wechselnde Umweltbedingungen ermöglichen und positive Effekte auf die Pflanzengesundheit mit sich bringen. Die Zulassung von heterogenem Material sei deutlich vereinfacht, sodass nach spätestens drei Monaten die Vermarktung möglich sei. Martin Häusling versicherte, dass das EU-Parlament weiterhin Druck ausüben werde, damit die EU-Kommission die delegierten Rechtsakte zu den letzten anstehenden Saatgutreformen bis Ende 2020 umsetze.

Svenja Holst, NRW-AbL-Projekt Saatgutvielfalt in Bauern- und Gärtnerhand

Bald mehr Öko-Sortenversuche auch mit Ökozüchtungen durch die neue EU-VO? Foto: Bohnhorst

Ge9en Nachbau-Gebühren

Keine Revolution

Gemessen an dem Hype, der um die alte Gentechnik gemacht, und den Ressourcen, die investiert wurden, sind die Ergebnisse auf dem Acker mehr als übersichtlich. Zu diesem Ergebnis kommt eine aktuelle Recherche des Gen-ethischen Netzwerkes (GeN). Der Bericht untersucht die Entwicklungs-Pipelines der großen Agrar-Konzerne (Bayer, Monsanto, BASF, Dow, KWS, Pioneer, Syngenta). Diese setzen nach wie vor auf Pflanzen, denen mit Hilfe der klassischen Gentechnik zum allergrößten Teil Resistenzen gegen Herbizide und Schadinsekten eingebaut wurden. „Die Konzerne kombinieren verschiedene mit klassischen gentechnischen Methoden übertragene Eigenschaften in einer Pflanze,“ so Christof Potthof, Autor des Berichts. Diese „stacked-events“ machen die Gentechnik-Pflanze zum Beispiel resistent gegen mehrere Herbizide und mehrere Schadinsekten. Für die Landwirtschaft bedeutet das ein Anbausystem, in dem bis zu fünf Mittel miteinander kombiniert gespritzt werden. Hinzu kommen deutlich höhere Saatgutkosten. Wechselwirkungen zwischen den eingesetzten Herbiziden und Pflanzeninhaltsstoffen werden nur ungenügend untersucht. Noch interessant: Laut des Berichts rät das US-Landwirtschaftsministerium konventionell gezüchtete trockenresistente Maissorten zu bevorzugen, weil die Erträge des GV-Maises nicht höher seien, als die der regional angepassten konventionellen Sorten. *av*

US-Landwirtschaft auf Talfahrt

Umwelt, Einkommen und Exportschranken

Tim Burracks 1.200-Hektar-Farm ist im Nordosten Iowas gelegen und an einem nebligen Oktobermorgen nicht leicht zu finden. Die Soja- und Maisfelder sind abgeerntet, die Landschaft erscheint kahl, eben und grau. Kein Baum, der als Markierung dienen könnte, nur ab und zu sind flache Stallgebäude zu erkennen, gelegentlich auch ein Wohnhaus. Die schmalen landwirtschaftlichen Nutzstraßen, die Iowa wie ein Gitter überziehen, sind auf der Karte nicht verzeichnet, das Navi hat keinen Empfang. Ein Fahnenmast mit der US-Flagge und darunter der Fahne Iowas markieren die Einfahrt zu dem modernen Bungalow, den Tim Burrack erst vor ein paar Jahren gebaut hat. Eine gute Meile sei es sicher bis zum Haus der nächsten Nachbarn, sagt er und führt mich in sein Büro. Neben den Computerbildschirmen flackern eine Reihe von Monitoren, auf denen sich die Entwicklungen an der Rohstoffbörse in Chicago verfolgen lassen. An den Wänden hängen Auszeichnungen – Ernterekorde, Ehrungen von Saatgutfirmen und dem Verband der Maisanbauer.

Kurze Geschichte

Landwirtschaft gibt es im Mittleren Westen erst seit der Mitte des 19. Jahrhunderts, als die ersten Weißen begannen, die Prärie urbar zu machen. Die meisten betrieben Landwirtschaft genau so, wie sie es aus ihren europäischen Heimatländern gewohnt waren. Erst ab dem Ende des Zweiten Weltkrieges ermöglichte die fortschreitende Mechanisierung die Bearbeitung größerer Flächen mit weniger Arbeitskräften. Chemische Dünger und Pflanzenschutzmittel sorgten für wachsende Erträge. Die industrielle Agrarwende mit ihrer Umstellung auf Mais- und Sojamonokulturen und der damit einhergehenden Überproduktion lässt sich genau datieren: Sie begann 1971. „Wachsen oder weichen“ war das Motto von Richard Nixons Landwirtschaftsminister Earl Butz, der auf Agrarexporte setzte und die Farmer aufforderte, jede verfügbare Fläche zu nutzen und „von Zaunpfahl zu Zaunpfahl“ zu pflügen. Um die Expansion zu finanzieren, nahmen die Landwirte oft hohe Kredite auf, was in den 80er Jahren durch steigende Zinsen und sinkende Weltmarktpreise für viele im Bankrott und dem Verlust ihrer Höfe endete. Während die Zahl der Landwirte weiter sank, nahm die Größe und Effizienz der „überlebenden“ Betriebe zu. Farmer wie Tim Burrack waren zwar nicht in der Lage, große Mengen Land zu kaufen, aber er konnte es pachten. Von den 1.200 Hektar, die er heute bewirtschaftet, ist noch immer die Hälfte Pachtland. Die kontinuierliche Überproduktion von Soja und Mais schuf ideale Bedingungen für die Intensivtierhaltung. Mit der Massentierhaltung kam die „vertikale Integration“: Einige wenige Konzerne dominieren heute den Markt, indem sie den gesamten Produktionsprozess kontrollieren, von Saatgut und Futtermittelproduktion über Aufzucht, Mast, Schlachtung und Verarbeitung bis hin zu Verpackung und der Platzierung im Supermarkt. Die Tiere, die Konzerne wie Tyson oder Smithfield nicht selbst produzieren, kaufen sie an der Börse von Farmern wie Tim Burrack. 36.000 Schweine produziere er pro Jahr, erzählt er. Ob ich die Stallungen sehen könne, frage ich. Leider nein, sagt er, wo die Tiere seien, wisse er nicht. Die Aufzucht obliege einem Lohnmäster, der sie termingerecht, mit vorgeschriebenem Schlachtgewicht, zu einem festgelegten Preis abzuliefern habe. Lohnmäster tragen oft nicht nur das finanzielle Risiko der Produktion, sondern müssen meist auch mit hohen Investitionen, z. B. für Stallungen, in Vorlage gehen.

US-Farmer tim Burrack in seiner Maschinenhalle Foto: Landzettel

Mehr Zeit und Superunkräuter

In den 90er Jahren gelang findigen Wissenschaftlern schließlich die Erfindung der Gans, die goldene Eier für die Industrie legt: düngerhungrige, herbizidtolerante GVO-Soja- und Maissaaten. Saatgut, Dünger und Pestizide: das Komplettpaket für den Acker – von Roundup Ready bis Xtendimax. Der Preis für die Ertragssteigerungen sind deutlich höhere Inputkosten. Von 2010 bis 2013 garantierten hohe Weltmarktpreise trotzdem Gewinne, seither sind die Preise wieder deutlich gefallen und liegen z. T. unter den Gestehungskosten. Trotzdem reifen auch 2018 auf 39 Millionen Hektar Mais und auf 32 Millionen Hektar Sojabohnen. „Wir ernähren zwar nicht die Welt“, räumt Tim Burrack ein, „aber Mais und Soja sind weiterhin die lukrativsten Feldfrüchte, die wir hier anbauen können.“ Bereits seit Ende der 90er Jahre baut er gentechnisch veränderte Sorten an. Lukrativ ist für ihn die Saatgutproduktion für eine der Agrarchemiefirmen. Die Entscheidung für GVO-Saaten sei für ihn eine Frage des Lebensstils, er habe mehr Zeit für Familie und Hobbies. Derweil erfordern Klimawandel und die zunehmende Herbizidresistenz von Unkräutern neue Investitionen. Auf etwa 28 Millionen Hektar Land werden die Farmer der „Superunkräuter“ nur noch mit der Hacke Herr – es sei denn, sie investieren in die neuen, gegen Dicamba und Glyphosat resistenten GVO-Sojasorten und riskieren Schadensersatzklagen der Nachbarn wegen Driftschäden. Tim Burrack sieht das gelassen, er habe volles Vertrauen in den wissenschaftlichen Fortschritt und die Forschungsarbeit der Agrarchemiefirmen. „Die Menschheit ist auf einer positiven Entwicklungskurve, die Wissenschaft wird unser Leben immer besser machen.“ Auch mit den sich verändernden Wettermustern könne man fertig werden. Auf den schweren Böden blieben manchmal nur wenige Tage für Aussaat und Ernte, sagt Tim Burrack – neue, noch größere Maschinen versprechen Abhilfe. Stolz zeigt er mir seine neu gebaute Maschinenhalle, groß wie ein Flugzeughangar. Hier stehen Landmaschinen im Wert von vielen Millionen Dollar. Der neue Mähdrescher, ein Vorführmodell, war ein Schnäppchen und hat lediglich 470.000 US-Dollar gekostet. Die Schulden wird Tim Burracks Sohn in den nächsten Jahren zusammen mit dem Hof übernehmen. Wird er sie abbezahlen können? Wie in den 80er Jahren sind heute wieder viele Farmer stark verschuldet, und steigende Landpachtraten verschärfen den Druck.

Maiszucker ist überall

Noch rettet die „US-Farm-Bill“, ein Gesetz zur Agrarförderung, die Farmer im Mittleren Westen. Vereinfacht beschrieben legt das Gesetz basierend auf den Mais- und Sojapreisen der jeweils letzten fünf Jahre einen Richtwert fest. Liegen die Marktpreise des laufenden Jahres darunter, wird dem Landwirt die Differenz erstattet. Ein Drittel des produzierten Maises dient als billiges Viehfutter und führt zu einer Überproduktion von Milch und Fleisch. Knapp 40 Prozent werden zu Ethanol und Biogas verarbeitet. Glucose-Fructose-Maissirup (HFCS) findet sich in fast allen Lebensmitteln. An neuen Verwendungsmöglichkeiten von Maisstärke, z. B. für „Bio“-Plastik, wird gearbeitet. Insgesamt mehr als 20 Prozent aller US-Agrarprodukte gehen in den Export. Strafzölle und das mögliche Scheitern der NAFTA-Neuverhandlungen (Zollunion Kanada, Mexiko, USA) könnten das bald ändern. Eine neuerliche US-Farmkrise wäre dann nicht nur wahrscheinlich, sondern unausweichlich. *ml*

Produktionsfläche und Lebensraum

Naturschutz in der Landwirtschaft

Naturschutz und Landwirtschaft können sehr verschiedene Ziele verfolgen. Auf dem Acker soll produziert werden. Klar ist aber auch, dass landwirtschaftliche Fläche Lebensraum für Flora und Fauna ist. Wie können Schutz und Nutzung praxisnah verknüpft werden?

„Schutz und Schmutz"?

Es macht durchaus Sinn, Naturschutzgebiete auszuweisen, die sich selbst überlassen werden, damit sich natürliche Systeme auf Umweltveränderungen wie den Klimawandel über einen längeren Zeitraum einstellen können. Ziel sollte jedoch nicht sein, den Naturschutz „auszulagern". Eine umweltverträgliche Nutzung muss auch für die landwirtschaftlich genutzte Fläche gelten. Nur – wie kann das gehen?

Im landwirtschaftlichen Alltag fehlt oft die Zeit, sich tiefer mit effektiven Naturschutzmaßnahmen auseinanderzusetzen. Naturschutzberatung ist in jedem Bundesland anders organisiert. Es gibt Offizialberatungen durch Behörden, Beratung der Landwirtschaftskammern, von Verbänden und private Angebote von Unternehmen. Sinn machen betriebsindividuelle und zur lokalen ökologischen Situation passende Ansätze. Dabei müssen naturräumliche Gegebenheiten ebenso berücksichtigt werden wie vorhandene Agrarumweltprogramme. Häufig sind Naturschutzmaßnahmen mit bürokratischem Aufwand verknüpft. Je nach Maßnahme kann ein Mehraufwand für die Bewirtschaftenden entstehen.

Effektivität

Doch nicht jede Naturschutzmaßnahme scheint sinnvoll zu sein. Kristian Lilje von der Naturschutzstation Münsterland kritisiert, dass viele etablierte Maßnahmen zu kurz gedacht seien. So würden beispielsweise Blühstreifen vor allem Honigbienen mit Nahrung versorgen. Um das Insektenvorkommen zu stabilisieren, müssten jedoch in der Agrarlandschaft kontinuierlich Strukturen etabliert werden, die ermöglichen, dass Insekten, Larven und Eier überwintern können. Ohne den nötigen Insektenreichtum zur Ernährung der Brut, sind beispielsweise Lerchenfenster nicht wirksam. Martin Schulz, Bauer aus dem Wendland und im AbL-Bundesvorstand, wünscht sich vor allem effektive Naturschutzberatungen. Er selbst hat mit Wiedervernässungsmaßnahmen, also der Zuschüttung von Entwässerungsgräben, und der Verschiebung der Mahd-Termine Erfolge im Kiebitzschutz erreicht. „Leider machen sich noch zu wenige Bauern Gedanken um den Naturschutz. Wenn Betriebe Maßnahmen durchführen, wäre es jedoch wünschenswert, dass diese langfristiger begleitet werden und deren Wirksamkeit gemessen wird. Nur dann kann sich der Naturschutz auf den Betrieben konkret verbessern", meint der Schweinehalter.

Probleme gäbe es jedoch, wenn NaturschutzberaterInnen und Maßnahmen sich untereinander widersprächen oder Anforderungen aufgrund von äußeren Einflüssen nicht eingehalten werden könnten, berichtet Schulz. „Im letzten Jahr konnten wir wegen – dieses Jahr unvorstellbaren – starken Regenfällen manche Flächen nicht befahren und deshalb nicht mähen. Durch die fehlende Mahd wären die Flächen aus der Förderung genommen worden." Alles in allem habe er jedoch gute Erfahrungen gemacht. Die Quecke könne zum Problem werden, aber die meisten Naturschutzmaßnahmen seien für den Betrieb in der praktischen Umsetzung unproblematisch. „Ich sehe den massiven Rückgang von heute bedrohten Arten wie Bekassine und Brachvogel, die man früher häufig gesehen hat. Naturschutz ist wichtig und muss bei der Bewirtschaftung von Flächen eingeplant werden", meint Schulz.

Auch Lilje sieht Vorteile für Bäuerinnen und Bauern, die Naturschutzmaßnahmen auf ihrem Betrieb durchführen. „Die Landwirtschaft ist in ein Agrarökosystem eingebunden, das in seiner Komplexität nicht komplett beherrscht werden kann. Deshalb müssen wir alle versuchen, das gesamte System stabil zu halten", so Lilje.

Selbstbegrünte Ackerbrache

In einem von der NABU-Naturschutzstation Münsterland durchgeführten Projekt wurde im Rahmen des „Bundesprogramm Biologische Vielfalt" die Wirksamkeit verschiedener Maßnahmen zur Verbesserung des Bruterfolges von Kiebitzen in der Agrarlandschaft erforscht. Dabei wurde überwiegend mit konventionellen Betrieben zusammengearbeitet. In Nordrhein-Westfalen gibt es aktuell ungefähr 8.000 Kiebitz-Brutpaare. Um den bedrohten Bestand nur zu stabilisieren, müssten jährlich ca. 4.400 Küken flügge werden, haben die Untersuchungen ergeben. Wenn weniger geschlüpfte Kiebitze das Erwachsenenstadium erreichen, geht die Population weiter zurück. Der Kiebitz steht wie das Rebhuhn auf der Roten Liste Deutschlands und ist als stark gefährdet eingestuft. Beim Überackern von Kiebitzen muss aufgrund des geringen Vorkommens grundsätzlich mit Strafen gerechnet werden. „Die selbstbegrünte Ackerbrache ist aus fachlicher Sicht die effektivste Maßnahme, um Kiebitze zu schützen, ohne negative Folgen für andere Arten zu erzeugen", resümiert Lilje die Untersuchungen. Dabei wird in Gebieten, in denen es Kiebitze gibt, auf dem Acker eine Fläche von 0,5 bis 1 Hektar nicht eingesät. Die Maßnahme ist mit verhältnismäßig geringem Aufwand verbunden und Kompensationszahlungen können den Ertragsausfall mindern. Die detaillierten Regelungen unterscheiden sich jedoch zwischen den Bundesländern. Die selbstbegrünte Brache nützt weiteren Bodenbrütern, bietet einen Lebensraum für Insekten und kommt zusätzlich Heckenbrütern wie Goldammer, Dorngrasmücke oder Bluthänfling als Nahrungsquelle zugute. Ackerwildkräuter finden hier die Möglichkeit zu keimen und sich zu vermehren.

Strukturen in der Landschaft bieten Lebensräume für Flora und Fauna Foto: Gandenberger

Andere Maßnahmen in dem Projekt hatten sich zwar als hilfreich für den Kiebitz, jedoch als „Falle" für andere Arten herausgestellt. Bei später Bewirtschaftung ab dem 20. Mai sind zwar die Kiebitzküken geschlüpft, aber die Gelege von Feldlerche, Rebhuhn und Fasan, die die willkommenen Bruträume ebenfalls nutzen, werden zerstört. Der Rückgang der Betriebe wirkt sich auf die Landwirtschaft aus. „Vor einigen Jahren gab es viele Milchviehbetriebe bei uns im Ort. Je nach Betrieb wurde zu unterschiedlichen Zeiten Heu oder Silage gemacht und mit verschiedenen Intensitäten beweidet. Heute ist ein großer Betrieb übriggeblieben und alle Flächen sind innerhalb von zehn Tagen abgemäht", beschreibt Schulz die Problematik. Strukturvielfalt mit mehrjährigen Säumen oder Hecken bietet Rückzugs-, Nahrungs- und Überwinterungsflächen für Flora und Fauna. In der landwirtschaftlichen Praxis kann der Schutz der biologischen Vielfalt umständlich und störend sein. Agrarumweltmaßnahmen wie artenreichere Fruchtfolgen, Strukturelemente wie Blüh- oder Ackerrandstreifen oder artenreiches Grünland können einen Kompromiss darstellen, die Biodiversität zu fördern und die Bewirtschaftenden zu entschädigen.

Zeit rennt

Vor dem Hintergrund, dass über 75 Prozent der Biomasse an Fluginsekten in den letzten 27 Jahren verschwunden ist, muss der Schutz der biologischen Vielfalt auf landwirtschaftlicher Fläche normal werden. Eine „Null-Toleranz" für Insekten und Ackerbegleitflora ist ein grundlegendes Problem, meint NABU-Mitarbeiter Lilje. „Wir müssen schnell handeln und brauchen effektive Maßnahmen. Keine oder unzureichende Ansätze sind bei dem aktuellen akuten Artenschwund Augenwischerei und höchstens noch eine Sterbebegleitung", mahnt Lilje. *sg*

Leserbrief:

Was will Neuland von der AbL?

Wir, die Neuland Erzeugergemeinschaft Westfalen, sind in Vorstand, Aufsichtsrat und Gesellschafterversammlung mehrheitlich AbL- Mitglieder und stehen seit 30 Jahren für eine bäuerliche Landwirtschaft und eine tiergerechte Tierhaltung, einer Zielsetzung, der auch die AbL seit ihrer Gründung verpflichtet ist.

Innerhalb der aktuell laufenden Diskussionen wurde Martin Steinmann, Vorstand vom Neuland-Erzeugerzusammenschluss und AbL-Vertreter im Neuland Verein, kürzlich von einem AbL- Vorständler gefragt, was denn Neuland von der AbL eigentlich will?

Abgesehen von der emotionalen Verwunderung über die Frage, was eine Tochter(-organisation) von ihrem Vater(-verband) will, gibt es unendlich viele Erwartungen für eine intensive Zusammenarbeit:

•Wir zeigen seit vielen Jahren, dass Tierhaltung tiergerecht (Auslauf, viel Platz, Stroh, GVO-frei usw.) machbar ist und setzen damit unsere Forderung als AbLer um.

•Wir zeigen, dass bäuerliche Betriebe eine Zukunftsperspektive haben, wenn sie langfristig, mit festen Preisen und als selbständige Gemeinschaft organisiert sind. DAS Ziel der AbL.

•Wir haben in den letzten Monaten viele Anfragen von Bauern wie seit Jahren nicht mehr. Meistens kommen Eltern MIT ihren Kindern. Sie fragen um eine Zukunft ihrer Betriebe, die sie konventionell nicht mehr sehen können oder wollen. Wir brauchen dabei jedwede Unterstützung (von AbL und anderen), um Beratung, Information, Vermarktung usw. zu ermöglichen.

•Viele unserer Neuland-Höfe stehen vor der Betriebsübergabe. Deutlich mehr unserer Kinder als vor einigen Jahren überlegen den Hof zu übernehmen - wenn er eine Perspektive bietet. Neuland o.ä. / Bio oder Aufhören ist die Alternative. Nicht konventionelles Wachsen ! Wir brauchen eine Tierhaltungswende für unsere Kinder und Höfe. Das schaffen wir nicht allein. Auch dafür brauchen wir die AbL.

•Die AbL ist der konsequenteste Verfechter der Agrarwende. Der Umbau der Tierhaltung ist aktuell der fortgeschrittenste Teil der Agrarwende. Dieser Umbau, zu dem wir unsere Erfahrungen beitragen wollen, ist eine gewaltige Aufgabe – vor allem für Bäuerinnen und Bauern. Dafür brauchen wir jede Kraft, die sich für die Höfe einsetzt.

•Wir Neuländer glauben nicht, dass eine Tierhaltungswende (die mehr ist als "etwas Nische") ohne Handel (85% des Marktes) oder der Fleischindustrie (ca. 70-80%) zu erreichen ist. Die Bioverbände wissen, dass schon 20% Ökomarkt nur erzielbar ist, wenn auch Handel und Industrie einbezogen werden. Deshalb kooperiert Naturland mit Rewe, Bioland mit Edeka und in Zukunft mit Lidl, Demeter mit Kaufland und real, usw., das Label des deutschen Tierschutzbundes (erfolgreich) mit allen. Und wir eben mit Aldi.

•Für manche überraschend geht der Druck für eine Veränderung nicht von der Politik o.a. aus, sondern vom Markt (Verbraucher und Handel). Der LEH ist weiter als der Staat, die Bauernlobby und deren Parteien - bei der GVO-Freiheit, bei Tierwohlprogrammen, bei Bio usw.. Manche meinen, sie machen das nur als Greenwashing oder Alibi. Andere (auch uns bekannte Biovermarkter) sehen das als mögliche strategische Kooperation. Klar ist, dass die Erzeuger dabei nichts geschenkt bekommen. Deshalb haben wir uns für gute Bedingungen eingesetzt – und bei Aldi auch bekommen.

Wir treten dafür ein (wie andere Bauernorganisationen auch), die Zusammenarbeit mit Handel und Fleischbranche als Herausforderung anzunehmen. Wir sehen erstmals seit langem die Chance, den Umbau der Tierhaltung mit und für die Bauern umzusetzen und mitzugestalten. Neuland oder Bio ist dabei nur ein kleiner, aber wichtiger Teil. Es geht in den nächsten Jahren um nichts weniger als um die Existenz der Bauernhöfe mit Tierhaltung. Wir sind sicher, das wird eine harte Auseinandersetzung. Dabei brauchen wir neben einem klugen Vorgehen einen Geist des Mutes, der Zuversicht und der Solidarität. Auch für unsere Kinder.

Wir brauchen ein bäuerliches Selbstbewusstsein und wir brauchen eine AbL, die sich an Widerstand und Selbsthilfe (ihren Grundpfeilern) orientiert – und die Bäuerinnen und Bauern in ihrem Existenzkampf für ihre Betriebe und eine bessere Tierhaltung stärkt und unterstützt.

Für den Erzeugerzusammenschluss Neuland Westfalen:

Wilhelm Eckei, Neuland-Bauer und AbL-Mitglied
Uli Dingebauer, Neuland-Bauer und AbL-Mitglied
Martin Steinmann, Neuland-Bauer und AbL-Mitglied
Heiner Diekmann, Neuland-Bauer und AbL-Mitglied
Thomas Bettermann, Neuland-Bauer
Georg Asbrock, Neuland-Bauer
Friederike und Arno Jostmann, Neuland-Bäuerin/-Bauer

Leserbrief:

Zur Kooperation von Neuland, Tönnies und Aldi

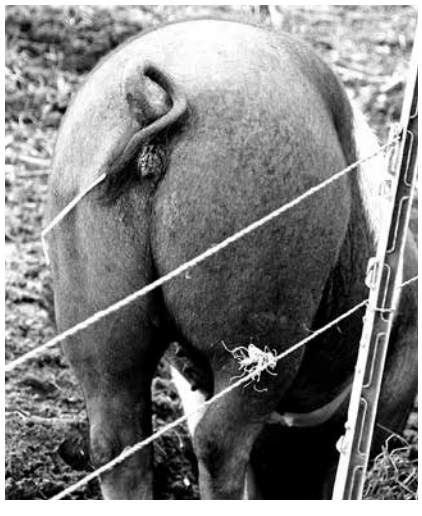
Die Wellen über die beschlossene Fleischvermarktung von Neuland Schweinen in ausgewählten Aldi Filialen schlagen hoch. Die Kombination mit einem riesigen Schlachtkonzern als Verarbeiter tut das Übrige dazu. Wie kann man mit Unternehmen zusammenarbeiten, die in der Vergangenheit durch ihre Geschäftspolitik auch bäuerliche Strukturen mit zerstört haben? Die Beantwortung dieser Frage bedarf weniger Emotionen, dafür mehr Diskussionen über die Zukunft von bäuerlichen Strukturen und tiergerechten Haltungsformen. Einig werden wir uns sicherlich schnell, dass bäuerliche Tierhaltung Obergrenzen und eine „tiergerechte" Aufstallung beinhaltet. Nicht zu vergessen sind Erzeugerpreise, die die Arbeit und die Mehrkosten entlohnen. Über zwei Jahrzehnte hat sich Neuland in dieser Form entwickelt. Fleisch und Fleischprodukte wurden über Hofläden, Metzgerfachgeschäfte und kleine Läden vermarktet. Diese Entwicklung war gut und wichtig, hat aber nicht dazu geführt, dass viele Metzgereien umstellten. Zu viele haben aufgegeben und die Pforten geschlossen. Strukturen des Handels waren und sind hierfür verantwortlich, ebenso das Einkaufsverhalten vieler VerbraucherInnen. Wir Bauern und Bäuerinnen müssen mit ansehen, wie im LEH und Discounter Fleisch und Fleischprodukte teilweise "verramscht" werden. Gesellschaftliche Forderungen nach einem Umbau der Schweinehaltung stehen dem entgegen. Dieser Umbau kostet viel Geld und muss durch VerbraucherInnen, Handel und öffentliche Fördermittel finanziert werden. In dieser Situation geht Neuland das Wagnis der Zusammenarbeit mit einem Discounter ein. Mit einer vertraglich geregelten, fünfjährigen Festlegung der Erzeugerpreise unter Einbeziehung der zu entlohnenden Arbeit. Diese Chance musste aus unserer Sicht genutzt werden um festzustellen, ob VerbraucherInnen bereit sind höhere Preise zu zahlen, und ob Discounter tiergerechte und bäuerliche Haltungsweisen fördern können. Das Neuland die Zulieferung aktuell nicht in den eigenen Schlachtstrukturen umsetzen kann, ist bedauerlich. Wir sehen unsere Aufgabe als AbL darin, den Handel und die Verbraucherschaft kritisch zu begleiten, um die Vermarktung bäuerlicher Produkte nach vorne zu treiben, Förderprogramme für Umstellung zu fordern, Beratung und Austausch zu organisieren, und den Mut zu haben bäuerliche Tierhaltung auch in der Breite attraktiv zu machen. Sicherlich ist es notwendig auf der Bundesmitgliederversammlung der AbL den Prozess der Vertragsgestaltung kritisch zu analysieren. Möglicherweise gilt es, durch die Mitglieder die Modalitäten der Zusammenarbeit für die AbL-Vorstandsebene und dem Neulandverein neu festzulegen. Für uns sind die Vermarktungsverträge zwischen Neuland und Aldi mit den Grundsätzen der AbL vereinbar. Wir als AbLer wollen die Forderungen aus bäuerlicher Sicht mit unserer ganzheitlichen Sichtweise propagieren. Es kommt jetzt darauf an, die Strukturen der Vermarktung in den nächsten fünf Jahren entsprechend zu entwickeln, damit Neuland nicht in eine Abhängigkeit von Großschlachtereien und Discounthandel gerät. Weitere Vermarktungswege müssen gefunden und die vielen Regionalentwicklungen dringend dabei ins Auge gefasst werden. Fest verhandelte Erzeugerpreise die unsere Arbeit als Bauern und Bäuerinnen entlohnen, müssen weiterhin Grundlage von Vermarktung sein.

Ophelia Nick, Ulrike Eggersglüß, Bernd Schmitz, Friedel Gieseler

Leserbrief: Neuland für bäuerliche Betriebe

NEULAND ist von der AbL mit gegründet worden, um durch die Einbeziehung anderer gesellschaftlicher Kräfte und ihrer Anliegen eine wirtschaftliche Perspektive für durchschnittliche bäuerliche Betriebe zu schaffen. Das waren Berufskolleginnen und Berufskollegen, denen die Agrarpolitik, die Wissenschaft und der Bauernverband nur zwei Alternativen zubilligen wollten: Entweder, Ihr geht voll ins Mengenwachstum, oder Ihr macht Platz für andere, die dazu bereit sind. Viele der NEULAND-Betriebe gibt es heute, fast 30 Jahre nach Gründung des Programms, nur deshalb als stabile Betriebe, weil es mit NEULAND gelungen ist, gesellschaftlich wachsende Anforderungen konsequent umzusetzen und unmittelbar mit bäuerlichen Interessen zu verbinden: Eine Vorwärtskalkulation der Erzeugerpreise, langfristige Verträge und eine Bündelung der Erzeuger in Erzeugergemeinschaften. Zumindest bei NEULAND-West ist den Aktiven dort um Hugo Gödde das vorbildlich gelungen. Das ist keine Selbstverständlichkeit.

Zur Anfangszeit von NEULAND gab es als möglichen Absatzweg ausschließlich die Metzger, die am besten auch noch selbst schlachteten. Aber es wurde schnell klar, dass NEULAND eine eigene Verarbeitung aufbauen musste, um sowohl Großküchen als auch neue Fleischerfachgeschäfte beliefern zu können. Auch die Berliner Metzger kaufen keine Hälften mehr, sondern bestellen 80 Schnitzel, 20 Filets, 30 Mettenden, 20 Leberwürste. Die Schlachtung, Zerlegung und immer häufiger auch die Verarbeitung überlassen sie Spezialbetrieben. In Baden-Württemberg wurde ein NEULAND-Metzgerschlachthof gegründet, wieder mit großartiger Unterstützung von AbL, BUND, Tierschutzbund und anderen. Den Schlachthof gibt es zwar noch, aber die bäuerlichen NEULAND-Betriebe liefern heute vor allem in ein Handelsmarkenprogramm der Edeka-Südwest. Geschlachtet werden die Schweine nicht im NEULAND-Metzgerschlachthof, sondern im Schlachthof Ulm der Müller-Gruppe. Jeder Hinweis auf NEULAND fehlt auf den Produkten, die aber das Label des Deutschen Tierschutzbunds tragen. Als NEULAND Süd-West kurz vor dem Aus stand, haben wir als AbL alles daran gesetzt, dass die Bauern in einer Erzeugergemeinschaft zusammenbleiben und wenigstens eine Anbindung an NEULAND bestehen bleibt. Die Köpfe der Erzeugergemeinschaft machen hervorragende Arbeit! Aber die Dynamik liegt dort im Edeka-Programm, nicht bei den Metzgern und nicht bei NEULAND. Dabei hat die NEULAND-Gemeinschaft über Jahre die Vorarbeit geleistet.



Fast zeitgleich mit dem Südwesten kam es bei Neuland Nord zu erheblichen Turbulenzen, maßgeblich verschuldet vom damaligen dortigen Geschäftsführer. Es musste Insolvenz angemeldet werden. Mit großem Engagement und der Übernahme erheblicher finanziellen Risiken haben der AbL-Vorsitzende Martin Schulz und sein Partner ein neues Unternehmen aufgebaut, das nun den Neuland-Bauern im Norden die Tiere abnimmt und die u.a. die Berliner Kunden beliefert. Das Geschäft mit Fleischerfachgeschäften sorgt nicht automatisch für Stabilität.

Als ich die AbL im NEULAND-Trägerverein vertreten habe, habe ich darauf gedrängt, dass sich NEULAND auch für die Handelsketten aktiv öffnen muss. Das waren keine leichten Diskussionen mit den Metzgern im NEULAND-Vorstand. Niemand wollte aber die Metzger gefährden, sondern das Programm insgesamt stärken, auch für und mit den Fleischerfachgeschäften. Auf der NEULAND-Mitgliederversammlung im Januar 2014 haben wir den Beschluss dann einstimmig gefasst: Wir gehen auf den Lebensmitteleinzelhandel zu. Es gab intensive Gespräche mit Lidl, mit Kaufland, mit Rewe, mit Bell und anderen. Aber ihre Bereitschaft, auf die NEULAND-Forderungen einzugehen, war unzureichend. NEULAND konnte keinen weiteren bäuerlichen Betrieben eine Chance bieten. Kaufland machte es dann 2017 alleine, spaltete mit Einzelverträgen die Bauern, zimmerte schlechte Richtlinien für die Schweinehaltung zusammen und zahlt auch noch einen viel zu niedrigen Aufpreis.

Die Handelsketten sehen sich genötigt, auf den gesellschaftlichen Druck zu reagieren, den wir auch als AbL über Jahre aufgebaut und schließlich mit den großen Berliner Demos auf die Straße getragen haben. Aber das läuft nicht von alleine in eine vernünftige Richtung. Als Günther Völker auf seinem Tag der offenen Tür im Spätsommer 2017 seine neue Sauen-Bucht vorstellte, waren sie alle da: Aldi, Tönnies, Neuland und viele neugierige Bauern. Da sind die Aldi-Mitarbeiterinnen auf die Geschäftsführer der Neuland West GmbH zugegangen und haben das Aldi-Interesse bekundet. Das weitere ist bekannt, seit Ende August diesen Jahres sind NEULAND-Fleischwaren in Aldi-Märkten zu kaufen.

Damit kann NEULAND wieder bäuerliche Betriebe aufnehmen. NEULAND kann wachsen, um eine wirtschaftliche Zukunft für mehr Berufskollegen zu ermöglichen, die gerade nicht auf Mengenwachstum und Kostenführerschaft setzen, sondern gesellschaftliche Qualitätsanforderungen konsequent in die Praxis umsetzen und so ihre Betriebe sichern wollen.

Der Markt kommt mächtig in Bewegung. Erkennen wir als AbL das auch als Chance für die bäuerlichen Betriebe, oder überlassen wir das Feld anderen, bei denen die wirtschaftliche Perspektive bäuerlicher Betriebe nicht im Vordergrund steht. Für mich ist die Antwort klar.

Dabei mache ich mir über Tönnies, Aldi, Müller-Fleisch und die anderen keine Illusionen. Sie sind nicht auf einmal Stützen bäuerlicher Landwirtschaft. Unsere Kritik an unwürdigen Arbeitsbedingungen, schlechter Bezahlung, Preisdrückerei und ihrer Übermacht am Markt bleibt so notwendig wie vorher. Aber gleichzeitig spricht alles dafür, sich an die Seite der Bauern und Bäuerinnen zu stellen, die sich auf den Weg machen, um Verbesserungen für ihre Betriebe mitzugestalten und zu verbreitern.

Widerstand und Selbsthilfe ist kein Gegensatz, im Gegenteil. Die AbL hat immer in ihren beiden Grundpfeilern aktiv Verantwortung übernommen. Die Position unseres heutigen AbL-Vorstands, auch das neue NEULAND-Projekt kritisch zu begleiten und dabei das Wohl und die Interessen der Bäuerinnen und Bauern stets im Blick zu haben, ist deshalb genau richtig. Gerade weil die neuen Geschäftspartner der NEULAND-Bauern alles andere als Chorknaben sind, müssen wir alles dafür tun, das gemeinschaftliche Vorgehen der Bauern zu stärken. Wenn das gelingt, ist mir vor Verhandlungen nach Ablauf der 5-Jahresfrist des Vertrages nicht bange.

Friedrich Wilhelm Graefe zu Baringdorf, Berninghof, 32139 Spenge

Leserbrief: Zu Neuland bei Aldi

Alle Leserbriefschreiber in der Oktoberausgabe haben gute Argumente vorgetragen und trotzdem finde ich die neue Kooperation bedenkenswert! Die total tierfreundliche Schweinehaltung bei Neuland dümpelt in den letzten Jahren so vor sich hin und die große Masse der Schweine lebt immer noch bis zum Ende auf weniger als einem Quadratmeter Beton! Ich wünsche mir, dass Aldi & Co am Ende der Kooperation um Neuland-Schweine betteln und Neuland dann viele seiner Forderungen besser durchsetzen kann und die Schlachtung und Vermarktung menschen- und tierfreundlicher funktioniert! Das Wichtigste bei der ganzen Sache ist, dass das gesamte angebotene Fleisch von den Neuland-Schweinen gut verkauft wird und nicht über 50 Prozent entsorgt werden muss. Ich kann mir gut vorstellen, dass Aldi nur ein Aushängeschild für bestens gehaltene Schweine braucht und die Kundschaft nur bessere Haltungsbedingungen fordert, aber niemals bezahlt! Die meisten Verbraucher wollen lieber leben wie im Himmel und mit ihren immer hemmungsloseren Urlaubsreisen und Luxus für eine Klimaverschlechterung sorgen. Beim Bezahlen ist den meisten Leuten das Wohlbefinden der Tiere völlig gleichgültig. Schön wäre es, wenn die Aldi-Kunden immer an den Slogan des Discounters denken würden: „Jeden Tag besonderes“, jeden Tag Aldi!

Martin Ramschulte, 48624 Schöppingen

Ernährungssouveränität in Bewegung

Internationaler deutschsprachiger Nyéléni-Kongres

Nyéléni bildet eine Plattform für Synergien und die gemeinsame Sichtbarkeit von Menschen, Initiativen und Organisationen als Ernährungssouveränitäts-Bewegung. Nachdem bereits Nyéléni-Foren auf internationaler und europäischer Ebene stattfanden, gibt es nun einen internationalen deutschsprachigen Kongress vom 6. bis 9. Dezember 2018 in Freiburg im Breisgau. Eingeladen sind alle BäuerInnen, GärtnerInnen, ImkerInnen, VerbraucherInnen, Solawistas, Food-SaverInnen, VerarbeiterInnen, GastronomInnen, Engagierte und AktivistInnen, NGOlerInnen, WissenschaftlerInnen, junge und alte deutschsprachige Nyéléni-Aktive aus Deutschland, Österreich, der Nordschweiz, Südtirol, Elsass, den Niederlanden. Auf der Website nyeleni.de gibt es ein Online-Anmeldeformular, wo man sich bis zum 15. November anmelden kann. Es wird eine Ausgewogenheit in Bezug auf die AkteurInnengruppen, Männer und Frauen, ältere und jüngere Menschen sowie die Einbeziehung möglichst vieler deutschsprachiger Regionen angestrebt. Der Kongress wird auf partizipative Weise von den Teilnehmenden mitgestaltet, da jede und jeder einen Erfahrungsschatz mitbringt. Der Austausch findet in AkteurInnen-, Regional- und Themengruppen statt. Letztere sollen gemeinsam vorbereitet werden, möglichst von drei oder mehr Initiativen aus verschiedenen Regionen, um sowohl im Vorfeld als auch nach dem Kongress die Zusammenarbeit zu stärken.

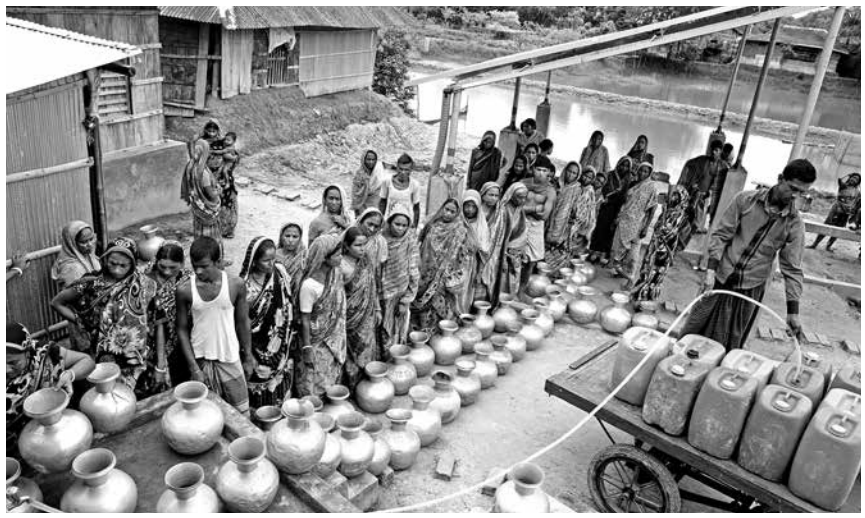
Ernährungssouveränität Schweiz

Die Schweizer Bauernorganisation Uniterre konnte einen Erfolg im Kampf für eine solidarische und nachhaltige Landwirtschaft verbuchen! Die Organisation hat zusammen mit der Allianz für Ernährungssouveränität eine Volksinitiative lanciert, mit dem Ziel, Ernährungssouveränität in der Bundesverfassung zu verankern und damit die heutige Agrarpolitik grundsätzlich zu ändern. Die Volksinitiative kam am 23. September zur Abstimmung. Das Schweizer Stimmvolk hat mit einem Ja-Anteil von 32 % abgestimmt. Vier Kantone in der französischen Schweiz kamen sogar auf eine Zustimmung von 50 bis 60 % Ja-Stimmen. Auch mit einer Niederlage an der Urne bot die intensive Kampagne mit starken Gegnern die Chance, die heutigen Probleme des Lebensmittels- und Agrarsystems auf Bundesebene zu diskutieren und aufzuzeigen, in welch prekären Situationen Bäuerinnen und Bauern sich heute befinden. Dies war ein wichtiger Schritt im Kampf für Ernährungssouveränität in der Schweiz, auf welchem auch in Zukunft aufgebaut werden kann.

Gutes Essen für alle

Vom 16. bis 21. Oktober 2018 haben sich FreiburgerInnen gemeinsam darüber Gedanken gemacht, wie mehr Demokratie im Ernährungssystem dazu beitragen kann, den Hunger bis 2030 weltweit zu beenden. Bei frischem Tee und fairem Kaffee kamen insgesamt rund 400 Menschen zusammen, um Strategien zur Umsetzung von Ernährungssouveränität in Freiburg und der Welt kennenzulernen und zu diskutieren. Bei der Podiumsdiskussion am Donnerstagabend tauschten sich Andrea Schwarz, entwicklungspolitische Sprecherin der Grünen im baden-württembergischen Landtag, Mamadou Mbodji, Vizepräsident der Natur-Freunde Internationale aus dem Senegal und Wolfgang Hees, AbL-Biobauer und Nyéléni-Aktivist vom Kaiserstuhl, über lokale und globale Ansätze sozial und ökologisch gerechter Landwirtschaft und Ernährung aus. Das spannende Programm für Klein und Groß wurde von einer Vielfalt an Freiburger Vereinen auf die Beine gestellt und vom Eine-Welt-Forum Freiburg koordiniert.

Hendrik Maaß, AbLer



Ernährungssouveränität um Abhängigkeit zu überwinden Foto. Brot für die Welt

Bierpatente nur eingeschränkt

Aber EPA erteilt weiter Patente auf konventionelle Züchtungen

Parallel „zur Wiesen“ – also dem Münchener Oktoberfest – fanden vor dem Europäischen Patentamt (EPA) zwei Anhörungen zu den sogenannten „Bierpatenten“ statt. Bereits 2016 und 2017 hatte das EPA in München den beiden Großkonzernen Heineken aus den Niederlanden und Carlsberg aus Dänemark insgesamt drei Patente auf Braugerste zugesprochen. Zwei Patente erstrecken sich auf Eigenschaften wie eine verbesserte Geschmacksentwicklung und Schaumqualität, das dritte ist eine Kombination der ersten beiden Patente. Die Ansprüche der erteilten Patente sind sehr weitreichend. Sie erstrecken sich auf die Braugerstenpflanzen, deren Ernte, den Prozess des Bierbrauens, Produkte wie Malz und Würze sowie jegliche auf diese Weise produzierten Getränke. Gezüchtet wurden die Braugersten unter Einsatz chemischer Mutagenese, d. h., die Eigenschaften sind durch spontane Mutationen entstanden und dann selektiert worden. Das ist weder eine Erfindung noch ein neues Verfahren. Gegen diese Patente hatte 2017 ein breites Bündnis aus 40 Organisationen, u. a. aus den Bereichen Landwirtschaft und Kirche, Erhaltungsorganisationen, Umweltverbände und Zivilgesellschaft, darunter Braugerste-Erzeugergemeinschaften, die AbL und die IG Nachbau, Einspruch erhoben.

Anfang Oktober wurden nun zwei dieser Patente am EPA verhandelt. Anwesend waren die Patentanwälte und Techniker von Carlsberg und Heineken, Christoph Then und Ruth Tippe von „No Patents on Seeds“ und einige der Einsprechenden, u. a. die AbL. Es wurde zäh verhandelt und um viele juristische Details gerungen. Zwar konnten einige der Ansprüche technisch eingeschränkt werden – ein Teilerfolg. Die Patente sind aber nicht grundsätzlich abgelehnt worden und erstrecken sich nach wie vor unter anderem auf Gerste und Bier, obwohl die Züchtungsverfahren „im Wesentlichen biologische Verfahren“ und damit nicht patentierbar sind. Diese Patentierungspraxis des EPAs, nämlich auch konventionell gezüchtete Pflanzen zu patentieren, steht schon seit Jahren in der Kritik. Aufgrund des Drucks der Zivilgesellschaft und auch einiger Mitgliedstaaten sind im Sommer 2017 die Prüfrichtlinien des EPAs geändert worden. Damit sollte das Patentierungsverbot von „im Wesentlichen biologischen Verfahren“ gestärkt werden. Seitdem werden keine Pflanzen und Tiere mehr patentiert, die aus Kreuzung und Selektion entstanden sind – wie der berühmte Brokkoli. Trotz der neuen Richtlinie erteilt das EPA aber weiter Patente auf Pflanzen, bei denen nach dem Zufallsprinzip ausgelöste Mutationen beschrieben werden. Damit steht die Praxis des EPAs in einem krassen Widerspruch zur eigenen Prüfrichtlinie, in der es heißt, dass zwar gentechnisch veränderte Pflanzen patentiert werden können, konventionell gezüchtete aber nicht.

Gegen die Bierpatent-Entscheidung des EPAs werden wahrscheinlich beide Parteien in Berufung gehen. Die Brauereikonzerne, weil sie alle ihre Ansprüche durchsetzen wollen. Aber auch „No Patents on seeds“ – um Patente auf konventionelle Züchtungen nicht durchgehen zu lassen. Bis die Große Beschwerdekammer sich damit beschäftigt, kann es zwei bis drei Jahre dauern. Die AbL hat Bundesjustizministerin Katharina Barley (SPD) um ein Gespräch gebeten, um auch den Druck hoch zu halten und auszuloten, wie die Erteilung von Patenten auf konventionell gezüchtete Pflanzen politisch gestoppt werden kann. *av*

Bäuerinnen*treffen

Blick in Theorie und Praxis des Rollenverständnis

Höfetour Foto: Maerker

Insgesamt elf Frauen aus ganz Deutschland sowie eine Frau aus Thailand kamen in der Zeit vom 27. bis zum 30. September zum Frauentreffen auf dem Ferienhof von Isabella Hirsch in Feuchtwangen zusammen. Unter den Teilnehmerinnen waren neben Bäuerinnen und Gärtnerinnen auch Frauen, die aus ihrer Rolle als Verbraucherin oder Händlerin heraus Interesse an dem Treffen zeigten. Der Donnerstagabend ließ Zeit, um anzukommen, durchzuatmen und sich beim gemeinsamen Abendbrot zu begegnen. Am Freitag startete dann das eigentliche Programm mit einer Höfetour. Erste Anlaufstelle war der Safran-Betrieb von Christina und Jean-Frédéric Waldmeyer in Feuchtwangen. Dort wird auf einem Viertel Hektar Safran angebaut. Wir erhielten einen sehr informativen Vortrag rund um den Safran mit Geruchs- wie Geschmacksproben. Für ein Gramm getrocknete Safranfäden werden um die 300 Blüten benötigt. Das Gewürz wird in 0,5-Gramm- oder 1-Gramm-Einheiten sowie veredelt in Form von Nudeln, verschiedenen Fruchtaufstrichen und Schnaps über Wochenmärkte und an Gastronomiebetriebe verkauft. Mit diesem exotischen Gewürz im Gepäck ging es anschließend weiter zum Biohof Binder.

Der einstige Milchviehbetrieb wurde in den 80ern auf Mutterkuhhaltung umgestellt. Heute werden dort 17 Mutterkühe der Rasse fränkisches Fleckvieh mit Nachzucht auf 20 ha gehalten. Ein weiteres Augenmerk der Familie liegt auf der Fleckviehzucht. Hinsichtlich des Getreideanbaus dreht sich bei den Binders alles rund um den Emmer. Um die Menschen für die Qualitäten dieses Getreides zu begeistern, werden Brotbackkurse angeboten und Emmerprodukte wie Vollkornnudeln oder Emmerbrand ab Hof verkauft.

Nach einem ausführlichen Hofrundgang und einer kleinen Stärkung mit Emmerapfelkuchen stand noch eine letzte Besichtigung auf dem Ausflugsplan: die Gemeinschaft Tempelhof. Dort bekamen wir während einer einstündigen Führung vieles rund um die Organisation des Gemeinschaftslebens vor Ort zu hören und derzeitige Projekte zu Gesicht, wie etwa die Baustelle des neuen Schulgebäudes. Im Anschluss folgte eine Feld- und Gewächshausbegehung zum Thema Gemüsebau mit Besonderheiten wie der Bewirtschaftung von Teilflächen nach dem Market-Gardening-Prinzip, welches ursprünglich entwickelt wurde, um auf möglichst wenig Fläche stadtnah frisches Gemüse zu kultivieren. Sowohl in den Gewächshäusern als auch auf Teilflächen im Freiland werden Parzellen maschinenlos bestellt, außerdem wird teilweise mit frischem Grasschnitt als Mulchmaterial gearbeitet, welches nach der Pflanzung auf die Beete ausgebracht wird. Mit dem Einbruch der Dämmerung ging es dann zurück auf den Hof, sodass der Abend bei gemeinsamem Kochen ausklingen konnte.

Welche Rolle?

Am Samstag wurde es dann interaktiver. Unter der Fragestellung: „Wie sehe ich mich als Frau in der Landwirtschaft?“ ließ der Vormittag Raum, um sich mit dem Erstellen einer persönlichen Collage dem Thema auf kreative Weise zu nähern. Nach intensiven Stunden des Schneidens, Klebens und Malens ergaben alle Collagen zusammen schließlich ein großes Bild verschiedenster Aspekte des Lebens als Frau in der Landwirtschaft.

Welche Problemstellungen und Veränderungswünsche bezüglich der eigenen oder der gesellschaftlichen Situation und Rolle ergeben sich daraus?

Das Berufsbild des „Bauern“ scheint nach wie vor stark von Stereotypen geprägt, die das gesellschaftlich weit verbreitete Geschlechtermodell von typisch männlich und typisch weiblich weiter aufrechterhalten. Damit einher geht oft die Schwierigkeit, geschlechtsunabhängig, also „einfach als Mensch“, akzeptiert und gleichberechtigt zu werden. Dies zeigt sich beispielsweise in der ungleichen Bereitstellung von Geldern der Sozialkasse für die Bezahlung eines Betriebshelfers, je nachdem ob eine Frau oder ein Mann am Hof ausfällt. Ein weiterer wichtiger Aspekt war die explizite Abgrenzung von einer „Kampfansage an die Männer“. Hingegen ist der dringende Wunsch vorhanden, sich über unsere jeweiligen Lebensrealitäten auszutauschen und gemeinsam einen Weg zu gehen, hin zu gleichen Rechten und Wertschätzung für alle. Hierbei ist es wichtig, sowohl auf der strukturellen Ebene anzusetzen als auch unsere eigenen Denk-, Rede- und Verhaltensmuster immer wieder genau unter die Lupe zu nehmen.

Der angeregte Austausch zeigte, dass es noch viel Gesprächsbedarf gibt und dass es wünschenswert ist, sich mit allen Geschlechtern über verfestigte Rollenbilder und Geschlechtermodelle auszutauschen. So gingen wir am Sonntag mit der Überzeugung auseinander, dass es eine Fortführung der Begegnungen und des Austausches geben wird!

Der nächste Anlass hierfür wird ein Workshop bei der kommenden AbL-Mitgliederversammlung in Buchenau sein. Am Freitag, den 23. November um 15 Uhr gibt es dort einen offenen Frauen-Männer-Workshop, der sich unter anderem mit dem Thema Gleichberechtigung auseinandersetzen wird. Außerdem sind im kommenden Frühjahr gleich zwei Frauentreffen geplant, und zwar eines in Nord- und eines in Süddeutschland. Näheres hierzu beizeiten in der Bauerstimme oder über den AbL-Frauen-Verteiler (frauen.abl@gmail.com).

Josefine Maerker,
AbL-Frauen AK

Bestellcoupon

...weitere Bücher, Musik CD, Aufkleber, Fahnen usw. unter www.bauernstimme.de

Ich bestelle:

Das Jahrbuch Der kritische Agrarbericht: Ausgabe ❑ 2018 Schwerpunkt: Globalisierung gestalten 24,00 Euro ❑ 2017 Schwerpunkt: Wasser - 24,00 € ❑ € ❑ 2015 Schwerpunkt: Agrarindustrie und Bäuerlichkeit- 10,00 €, weitere Jahrgänge auf Anfrage oder unter www.bauernstimme.de bzw. www.kritischer-agrarbericht.de

Das wahre Landleben!

Bücher:
… 10,00 € - Wir Bauern sind anders
.... 9,80 € - Sechs Wochen auf der Scholle
.... 11,00 € - Bauernparty
.... 11,00 € - Nützt ja nix
.... 11,00 € - Schubkarrenrennen
.... 11,90 € - Der Wollmützenmann
.... 9,90 € - Verliebt Trecker fahren
.... 11,00 € - Aus dem Moor- Gedichtband

CD:
.... 10,00 € - Einmal Bauer immer Bauer
.... 10,00 € - König Silo
.... 10,00 € - Was für'n schöner Scheiß
.... 10,00 € - Ein Bauer erzählt

Bitte Adresse einsetzen::

_____

.... 9,50 € - live im Lutterbecker

Bodenpolitik in Ostdeutschland
.... 19,80 € - Nehmt und Euch wird gegeben
.... 3,00 € - Ostdeutsche Bodenpolitik nach 1990

Aktuelle Broschüre
.... 4,00 € - Wege aus der Hungerkrise

Hofschilder und Poster
... 30,00 € "Wir sind ein AbL Bauernhof"
... 30,00 € "Bauernhöfe statt Agrarfabriken"
.... je zzgl 5,50 € € Versand

Junge Landwirtschaft:
.... 8,00 € - Agrarpolitik in der Leehre
.... 8,00 € Jung, dynamisch, erfolglos?

Die Versandkosten pro Bestellung betragen innerhalb Deutschland 2,75 €
Die Versandkosten ins Ausland werden auf Anfrage mitgeteilt
Ich zahle:
❑ nach Erhalt der Rechnung
❑ per SEPA-Lastschriftmandat
Hiermit ermächtige ich Sie widerruflich, den von mir zu entrichtenden Beitrag bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Bank: _____

BIC: __ __ __ __ __ __ __ __ __ __ __

IBAN: __

Widerrufsrecht: Ich weiß, dass ich meine Bestellung innerhalb einer Woche ohne Angabe von Gründen schriftlich beim ABL-Verlag widerrufen kann.
Bitte senden Sie die Bestellung an: verlag@bauernstimme.de, oder
AbL Verlag, Bahnhofstr. 31, 59065 Hamm oder Fax 02381 / 492221
Gläubiger-ID: DE17ZZZ00000417539, ABL Bauernblatt Verlags GmbH Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Die Mandatsreferenz wird separat mitgeteilt.

(Klein) Anzeigen & Veranstaltungen

Wie gebe ich eine Kleinanzeige auf?
Private Kleinanzeigen bis zu sieben Zeilen kosten 20,- €, jede weitere angefangene Zeile 1,50 € (gewerbliche 25,- € zzgl. MwSt., jede weitere Zeile 3,- €); Chiffregebühr 3,00 €. Anzeigen bis einschließlich 20,00 € nur gegen Vorauszahlung per Scheck oder bar, ansonsten wird ein Zuschlag von 3,00 € für die Rechnungsstellung erhoben. Anzeigen bitte an: E-mail: anzeigen@bauernstimme.de,
Fax: 02381-492221 **Anzeigenschluss für BS Dezember ist der 15. November 2018.**
Chiffrezuschriften: AbL Verlag, Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm

Haus und Hof

• **Ökobetrieb mit über 100 ha** arrondierte Ackerfläche sucht junge Leute als Nachfolger. Alle Wohn- und Wirtschaftsgebäude sind modern und großzügig angelegt. Wir planen eine Hofübergabe durch Verkauf, Verpachtung, Teilhaberschaft, oder...
☏ 0511 - 22 85 312

Sonstiges

• **Treckerreifen.** Fax: 04881 - 7452
☏ 04881 - 937567

Karl-Erich Oldemeyer
* 17. April 1953 † 24. September 2018

Wo andere verzagten oder nicht mehr weiter wussten, da fand Karl-Erich Oldemeyer einen Weg und konnte agrarpolitische Widersacher und auch Weggefährte überraschen. Von 1999 bis 2010 war er Vorsitzender der AbL NRW. Er gründete den Hanfverein, um Bauern Anbaualternativen zu bieten. Daraus ging später das Zentrum für nachwachsende Rohstoffe auf Haus Düsse der Landwirtschaftskammer hervor, das bis heute besteht. Das direkte Gespräch war seine besondere Stärke, bei der Ministerin, beim Staatssekretär, beim Kammerdirektor. Ein selbstbewusster ostwestfälischer Milchbauer, dem der Erhalt bäuerlicher Betriebe wie selbstverständlich zentrales Anliegen war. Nach langer, schwerer Krankheit ist er am 24. September gestorben.

Die AbL sagt DANKE!

Herzlichen Glückwunsch!
Unser rühriges Mitglied Walther Mauk aus Eurasburg feierte seinen 85. Geburtstag. Walther Mauks Worte: „Wenn ihr so einen Alten brauchen könnt, mache ich gerne mit." Die AbL-Bayern wünscht Walther Mauk alles Gute und Gesundheit für die Zukunft, verbunden mit einem herzlichen Dank für seinen großartigen Einsatz.

Interaktive Konferenz

europe direct Sachsen-Anhalt

Reform der EU-Agrarpolitik nach 2020

im Spannungsfeld von neuen EU-Prioritäten, Erwartungen im ländlichen Raum sowie ökologischer und sozialer Verantwortung

Ort: Umweltbundesamt, Wörlitzer Pl. 1, 06844 Dessau-Roßlau, 28. 11. 2018 von 10.30 - 16.30 Uhr

Aus dem Programm:
- **Anspruch, Wirklichkeit und Herausforderungen der EU-Agrarpolitik**
  Dr. Bettina Rudloff, Stiftung für Wissenschaft und Politik (SWP)
- **Die Reformvorschläge der Europäischen Kommission**
  Dr. Josefine Loriz-Hoffmann,, Direktorin Europäische Kommission
- **Subsidiarität – mehr nationale Verantwortung in der Agrarpolitik?**
  Dr. Hermann Onko Aeikens, Staatssekretär BMEL
- Was kann unser Bundesland für den Erfolg der Agrarpolitik tun?
  Minsterin Prof. Dr. Claudia Dalbert, MULE Sachsen-Anhalt
- **Erfahrungen aus der Region Sachsen-Anhalt**
  Heike Winkelmann, Stv. Sprecherin LEADER-Netzwerk
  Olaf Feuerborn, Präsident LBV Sachsen-Anhalt e.V.
  Jochen Dettmer, Präsident des Bauernbundes Sachsen-Anhalt
- **Kontroversen bei den Zielen der neuen EU-Agrarpolitik**
  Sind Vorschläge für das Greening ausreichend o. zu ambitioniert?
  Kappung und soziale Dimension in der Agrarförderung
  Christian Rehmer, Leiter Agrarpolitik BUND
  Dr. Ralf-Peter Weber, Agrarstaatssekretär Mule Sachsen-Anhalt
  Ulrich Jasper, Bundesgeschäftsführer AbL e.V.
  Dr. Knut Ehlers, Umweltbundesamt

Anmeldung und Informationen unter edic-md.eu

gefördert durch die EU

Marktchancen Leguminosen

6.11.2018, 9 - 16 Uhr, Soest
Akteursworkshop vom Demonstrationsnetzwerk Erbse/Bohne. Thema „Marktchancen heimischer Ackerbohnen, Erbsen und Co. als Futter- und Lebensmittel". Die Veranstaltung richtet sich an alle Akteure entlang der Wertschöpfungsketten Futter- und Lebensmittel: Züchtung, Anbau, Handel, Verarbeitung und Vermarktung. Auch die Akteure in der Beratung, der Forschung und den Verbänden sind zur Teilnahme und Diskussion eingeladen.

Ort: FH Südwestfalen, Standort Soest Gebäude 11, Lübecker Ring 2, 59494 Soest Anmeldung und Infos: www.fh-swf.de/cms/koernerleguminosen

Bäume in der Landwirtschaft

09.-11.11.2018, Görbitzhausen
Agroforstkurs: Kennenlernen der möglichen Nutzung von Gehölzen in der Landwirtschaft. Anbauformen wie die Agroforstwirtschaft mit Wertholzbäumen modernisiert traditionelle mitteleuropäische Mischkulturen wie Streuobstanbau oder Heckenwirtschaft und zeigt neue Perspektiven für die nachhaltige Landnutzung auf. Der Kurs vermittelt sowohl theoretisches Wissen als auch praktische Übungen am Baum.

Weitere Infos: www.obstbaumschnittschule.de

Low Stress Stockmanship

9.-11.11.2018,Wittstock
Lehrgang zum gewaltfreien Umgang mit Herdentieren.

Infos: www.bio-ranch-zempow.de

Veranstaltungsreihe: Rechts-(d)ruck im ländlichen Raum

06.11.2018, 18.30 Uhr
„Combat 18" – der bewaffnete Arm des in Deutschland verbotenen Neonazi Netzwerks „Blood and Honour".

Ort: Große Aula, Nordbahnhofstr. 1a, Witzenhausen

13.11.2018, 18.30 Uhr
Völkische Siedler und ihre Netzwerke.

Ort: Am Markt 1, Rathaussaal, Witzenhausen,

17.-18.11.2018, 10-17 Uhr
Workshop: Was ist eigentlich dieser Kapitalismus? Verbindliche Anmeldung erforderlich!

Ort Steinstraße 19, Raum H33
Alle Informationen: http://gegen-rechtsdruck-veranstaltungsreihe.de/

EuroTier 2018

13.- 16.11.2018, Hannover

SoLaWi - Herbsttagung

16.-18.11.2018, Zierenberg
Gemeinsam lebendige und effiziente Strukturen der Zusammenarbeit entwickeln! Mit Open Spaces und Austauschforen, Jahresreflexion und Wahlen der Netzwerkgremien.

Ort: Tagungshaus Lebensbogen bei Zierenberg/Kassel. Infos und Anmeldung unter www.solidarische-landwirtschaft.org/aktuelles/netzwerktreffen/

Konferenz „Bits & Bäume"

17.- 18.11.2018, Berlin
Nachhaltige Digitalisierung gemeinsam gestalten.

Anmeldung und Programm: bits-und-baeume.org

Regionen stärken

22.-23.11.2018,Götzis-Vorarlberg
Unter dem Leitthema „WERTE SCHAFFEN – REGIONEN STÄRKEN" findet zum 8. Male die Konferenz der gentechnikfreien Regionen am Bodensee statt.

Ort: Bildungshaus St. Arbogas, Götzis-Vorarlberg, Infos: www.bodenseeakademie.at

3. Bodentag

27.11.18, 08 – 17 Uhr, Neunburg
Die Interessengemeinschaft gesunder Boden e.V, diskutiert auf ihrem dritten Bodentag das Thema: „Gesunder Boden, gesunde Lebensmittel". Wissenschaftler und Praktiker referieren zu aktuellen Themen rund um die Bodenbeschaffenheit und deren Auswirkung auf die Gesundheit von Mensch und Tier.

Ort: Schwarzachtalhalle, Rötzer Straße 2, 92431 Neunburg vorm Wald
Infos: www.ig-gesunder-boden.de

Hof mit Zukunft

28.11.2018, 9.30 - 16.30 Uhr
Seminartag für Landwirtsfamilien ohne Nachfolger und junge Menschen die einen Betrieb suchen. Wir bieten: Informationen und Erfahrungsberichte über die Möglichkeiten eines außerfamiliären Generationswechsels in der Landwirtschaft.

Ort: Ländl. Heimvolkshochschule Hohebuch/Evang. Bauernwerk in 74638 Waldenburg. Infos und Anmeldung: Tel.: 07942 /107-74, c.klenk@hohebuch.de, www.hohebuch.de

Podiumsdiskussion „Zukunft der Landwirtschaft"

Es diskutieren **Bauer Willi** (Agrarblogger) mit **Martin Häusling** (Europaabgeordneter der GRÜNEN) sowie **Josef Tumbrinck** (Vorsitzender des NaBu in NRW) und **Bernd Kneer** (Kreislandwirt) wie Landwirtschaftin Zukunft gestaltet werden kann.
Moderation: **Ophelia Nick**
Wann: Dienstag der 30. Oktober 2018,
Uhrzeit: Einlass 18:30 Uhr, Beginn 19 Uhr,
Ort: Scheune B7, Bergische Landstraße 524, 40629 Düsseldorf

AbL Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft e.V.

Herbsttagung Landesverband Niedersachsen / Bremen

11.11.2018, 10.00 - 16.00 Uhr

Weidehaltung – das Auslauf-Modell mit Zukunft

Programm:
Erfolgreiche Weidehaltung mit Milchkühen und Nachzucht
Edmund Leisen, Landwirtschaftskammer NRW
Milch aus Klee und Gras – wie ist es da mit der Wirtschaftlichkeit?
Prof. Onno Poppinga
Weidehaltung – Potential und Grenzen der modernen Milchkuh
Kirsten Wosnitza, BDM Schleswig-Holstein
Umstellung eines Milchviehbetriebes auf ökologischen Landbau
Guido Holtheide, Milcherzeuger
Weidehaltung – gesellschaftlich gewünscht und wirtschaftlich erfolgreich
Podiumsdiskussion mit Heinrich Daseking, Landwirtschaftsministerium Niedersachsen, Karin Logemann, agrarpolitische Sprecherin SPD, Ralf Hinrichs, Molkerei Ammerland, Tilman Uhlenhaut, BUND, Peter Habbena, BDM

Ort: Ostfriesischer Hof, Friesenstraße 39, 26655 Westerstede – Moorburg (Achtung! Die Autobahnabfahrt „Westerstede-West" ist aus Fahrtrichtung Leer gesperrt, bitte Umleitung nutzen!)
Anmeldung f. d. Mittagessen bis zum 05.11.2018 unter 04954-9556127 oder info@abl-niedersachsen.de. Tagungsbeitrag inkl. Essen und Getränke 25 €. Freunde, Nachbarn und weitere Interessierte sind herzlich willkommen!

AbL

Regionalgruppe Oberland

19.11. 2018, 20.00 Uhr

Dr. Klaus Fleißner:
„Die Erhaltung landwirtschaftlicher pflanzengenetischer Ressourcen an der LfL"
Gasthaus Stroblwirt Oberhausen

AbL

1. Bäuerinnen und Bauern-Stammtisch

Region: Alb-Donau-Oberschwaben und Ulm

Was brennt uns auf den Nägeln?

19.11.2018, 20 Uhr, Gasthaus Hirsch in Erbach-Dellmensingen

AbL

Stammtisch Sachsen-Anhalt

Film: Landgrabbing

14.11.2018, 18.45 Uhr
Puschkino,
Kardinal-Albrecht-Straße 6, Halle

AbL

Berlin und Umland

Bäuerinnen und Bauern-Stammtisch

jeden 1. Donnerstag im Monat
19 Uhr, Preußisches Landwirtshaus
14055 Berlin - Charlottenburg,
Flatowallee 23

Impressum

Anschrift: Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm
Herausgeber: Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft – Bauernblatt e.V.
Redaktion: Marcus Nürnberger: 02381-492220
Claudia Schievelbein: 02381-492289
Sinay Gandenberger: 02381-492210
FAX: 02381/492221, redaktion@bauernstimme.de;
Verlag: ABL Bauernblatt Verlags GmbH, Geschäftsführung: Vera Thiel
Aboverwaltung: Vera Thiel, Tel.: 02381/492288, Fax: 02381/492221, E-Mail: verlag@bauernstimme.de; Internet: www.bauernstimme.de;
Druck: küster-pressedruck, Industriestraße 20, 33689 Bielefeld

Bundeskontakte

Bundesgeschäftstelle:
Ulrich Jasper, Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Tel.: 02381/9053171, Fax: 02381/492221, E-Mail: info@abl-ev.de

Bundesgeschäftsführer: Georg Janßen, c/o Gewerkschaftshaus, Heiligengeiststraße 28, 21335 Lüneburg, Tel.: 04131/407757, Fax: 04131/407758

junge Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft:
Kathrin Lindner, 01798433730, Walburger Straße 2, 37213 Witzenhausen, junge-abl@abl-ev.de

Interessengemeinschaft gegen die Nachbaugesetze und Nachbaugebühren:
Georg Janßen, Tel.: 04131/407757, Fax: 04131/407758; Gerhard Portz, Tel.: 06502/2298; Klaus Buschmeier, Tel.: 05262/3455

Interessengemeinschaft Ostdeutschland:
Franz-Joachim Bienstein, Tel./Fax: 03841/791273

Netzwerk Bauernhöfe statt Agrarfabriken
Eckehard Niemann, Tel: 0151-11201634, eckehard.niemann@freenet.de

Netzwerk gentechnikfreie Landwirtschaft:
Annemarie Volling, Tel.: 04131/400720, Fax: 04131/407758, E-Mail: gentechnikfreie-regionen@abl-ev.de

Internationale Agrarpolitik:
Berit Thomsen, Tel.: 02381-9053172, thomsen@abl-ev.de

Saatgut: Vielfalt in Bauernhand, Projekt der AbL-NRW
Svenja Holst, Tel: 02381/9053170, holst@abl-ev.de

Landeskontakte

Schleswig-Holstein
Geschäftsführung:
Berit Thomsen, Nernstweg 32-34, 22765 Hamburg, 040-397 858, schleswig-holstein@abl-ev.de

Niedersachsen
Geschäftsstelle: Andrea Sweers, Tel. 0176 - 20812393; info@abl-niedersachsen.de
Landesverband: Ottmar Ilchmann, Tel.04967-334, o.ilchmann@yahoo.de
Wendland-Ostheide: Martin Schulz, Tel. 05865-988 3-60, neulandhof-schulz@gmx.de
Heide-Weser: Johanna Boese-Hartje, Tel. 04204-689 111, biohof-boese-hartje@t-online.de
Elbe-Weser: Jürgen Rademacher, Tel .u. Fax 04747-931 105, jradem1308@aol.com
Südnds.: Eberhard Prunzel-Ulrich, Tel. 05507-912 85, kaesehof@t-online.de

Mecklenburg Vorpommern/Brandenburg
Mecklenburg: Helmut Precht, Tel.: 038459 / 31 034; Jochen Fritz, Tel.: 0171 / 82 29 719; Franz Joachim Bienstein, Tel.: 0157 - 87185136; Helmut Peters, Tel.: 038454/20215

Nordrhein-Westfalen
Landesverband: Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm,Tel.: 02381/9053170, nrw@abl-ev.de
Gütersloh: Erika Kattenstroth, Tel.: 05241/57069
Tecklenburger Land: Martin Steinmann, Tel.: 05404/5264
Herford: Friedel Gieseler; Tel.: 05221/62575
Köln/Bonn: Bernd Schmitz, Tel.: 02248/4761
Niederrhein: Dorothee Lindenkamp, Tel.: 02064/38421
Gentechnik: Reinhard Fiegenbaum, Tel: 05484/657
Westmünsterland: Martin Ramschulte; Tel.: 02555-430; Fax: 02555-929989

Hessen
Geschäftsstelle: Friederike Seebach, Mobil: 0160/99543305, hessen@abl-ev.de
Reinhard Nagel, Tel.: 05695-990099, Mobil: 0171-8604799, hessen@abl-ev.de
Jeannette Lange, Tel.: 05653-91280, Lange.Wellingerode@t-online.de
Peter Hamel, 06630 919013, peter.hamel@web.de

Rheinland-Pfalz und Saarland
Landesverband: Ralf Wey, Maifeldstr. 15, 56332 Moselsürsch,
Tel.: 02605/952730, Fax: 02605/952732, e-mail: Ralf.Wey@abl-rlp-saar.de;
Hans-Joachim Jansson, Tel.: 02626/8613, Fax: 02626/900218; www.abl-rlp-saar.de

Baden-Württemberg
Geschäftsstelle: Frieder Thomas; Tel.: 07531 282939-1, thomas@abl-ev.de
Bodensee: Anneliese Schmeh; Tel.: 07553-7529, a.schmeh@hagenweilerhof.de
Oberschwaben: Bärbel Endraß: Tel.:07528-7840, info@biohof-endrass.de

Bayern
Landesverband: Gertraud Angerpointner, Tel.: 08656 393, fuermannalm@web.de; Josef Schmid, Tel: 08742-8039, Fax: 967654, bioschmid@t-online.de
Geschäftsstelle: Andrea Eiter; Neidhartstr. 29 1/2; 86159 Augsburg; Tel: 0821/45 40 951 und 0170/99 134 63; Internet: www.abl-bayern.info; Mail: abl-bayern@web.de
Chiemgau-Inn Salzach: Georg Planthaler, fuermannalm@web.de; Tel. 08656/393
Rita Huber; Tel: 08683-557; huber.aichlberg@gmx.de
Land an Rott und Inn: Margarete Stoiber, Tel. 08536/91091; Fax 08536/919782, margaretestoiber@t-online.de;
Allgäu: Geschäftsstelle Michael Finger; Tel. 08322/1329; ablallgaeu@gmx.de,
Oberland: Irene Popp, Tel. 0176-98148203, irene-popp@web.de,
Landshut-Vilstal: Josef Schmid, Tel.: 08742/8039, e-mail: abl-bayern@web.de
Franken: Isabella Hirsch, Telefon: 09852-1846, isabella.hirsch@gmx.de,
Erding–Ebersberg: Rosi Reindl Tel. 08093- 905575, rosi_reindl@gmx.de;
Bayerisch-Schwaben, Andrea Eiter, 0170-99 134 63, aheiter@freenet.de,

Thüringen
Thüringen: Reiko Wöllert (Landesgeschäftsführer), Auf der Burg 11, 99869 Haina, Tel: 036254/78024, mitteldeutschland@abl-ev.de; Michael Grolm, Tel.: 0361 – 21847159, Linderbacherstraße 12- u. 14, 99098 Erfurt-Bußleben, m.grolm@gmx.de

Sachsen-Anhalt
Katharina Winter (Landesgeschäftsführerin), August-Bebel-Platz 4, 06108 Halle/Saale, Tel: 0178/4597573, sachsen-anhalt@abl-ev.de; Claudia Gerster, Dietrichsroda 16, 06632 Balgstädt, Tel: 034465/21005, sonnengut-dietrichsroda@t-online.de

Sachsen
Danilo Braun, Hauptstraße 146, 09600 Oberschöna, Tel: 01577/3987764, Email: landbau.braun@gmx.de; Stephan Kaiser, Talstr. 2b, 01723 Helbigsdorf, Tel: 035209/18477, Email: kontakt@beerenbunt.de

Mitgliedsantrag

Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft e.V.

Ich möchte Mitglied in der AbL werden und (Zutreffendes bitte ankreuzen)

- ❑ Ich zahle den regulären Mitgliedsbeitrag von 107,00 Euro
- ❑ Wir bezahlen den Mitgliedsbeitrag für Ehepaare und Hofgemeinschaften von 142,00 Euro
- ❑ Ich bin bereit, als Fördermitglied einen höheren Beitrag von _____ Euro zu zahlen
- ❑ Als Kleinbauer, Student, Renter, Arbeitsloser zahle ich einen Mitgliedsbeitrag von 52,00 Euro
- ❑ Ich beantrage als Unterstützer/in einen Mitgliedsbeitrag von 77,00 Euro
- ❑ Ich abonniere die Unabhängige Bauernstimme (bitte Coupon Rückseite ausfüllen)
- ❑ Ich finde die Arbeit der AbL e.V. wichtig und unterstütze sie als Nichtmitglied mit einem Jahresbeitrag von:
  ❑ 30,-€ ❑ 50,-€ ❑ 70,- €

Der Mitgliedsbeitrag erhöht sich jährlich um 2,- Euro, ein Abo der Bauernstimme ist nicht enthalten.

Nachname, Vorname: _____

Straße: _____

PLZ, Wohnort (Landkreis): _____

Telefon/Fax E-Mail: _____

Ich zahle:
❑ nach Erhalt der Rechnung
❑ per SEPA-Lastschriftmandat

Gläubiger-ID: DE19ZZZ00000421092
AbL e.V., Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm
Die Mandatsreferenz wird separat mitgeteilt.

Hiermit ermächtige ich Sie widerruflich, den von mir zu entrichtenden Beitrag bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Bank: _____

BIC: __ __ __ __ __ __ __ __ __ __ __

IBAN: __

Die Mitgliedschaft verlängert sich automatisch um ein weiteres Jahr, wenn nicht spätestens 14 Tage vor Ablauf gekündigt wird. Ich bin damit einverstanden, dass die Deutsche Bundespost im Falle einer Adressänderung die neue Adresse an die AbL weiterleitet.
Unsere Datenschutzerklärung finden Sie unter www.abl-ev.de/datenschutz

Datum: _____ Unterschrift: _____

Kommt zur AbL!

Bäuerinnen und Bauerntag

und Bundesmitgliederversammlung der
Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft
23.-25.November 2018 in Buchenau

Donnerstag, 22.November 2018

16:00 Uhr Wintertagung Junge AbL, (Ende Freitag 23.11. um 13 Uhr)

Bäuerlicher Ungehorsam und Kreativer Widerstand!

Die einen flüchten vom Land in die Stadt, die nächsten kaufen Land, um damit zu spekulieren oder Industriegebiete darauf zu errichten.
Und wir können nichts daran ändern?!
Was haben wir in der Hand um diese Umstände zu ändern? Wir wollen uns mit verschiedenen Widerstandsformen, deren Organisation und rechlichen Rahmenbedigungen beschäftigen.
Es wird Inputs von Erfahrenen in Widerstand und Gruppenkommunikation geben.
Und Raum für die Frage - welche Rolle die junge AbL in diesem, unserem Widerstand spielen wird!
Anmeldung und weitere Informationen zu Logistik & Co: junge-abl@abl-ev.de

Freitag, 23.November 2018

14:00 Uhr: Begrüßung AbL-Bundesvorstand

14:15 Uhr Werkstattgespräche

I "Frauen*Männer*Workshop: Geschlechtergleichheit in der Landwirtschaft.

II Internationale Agrarpolitik – Internationale Bauernrechte

III Tierschutzgerechte Schlachtung im Haltungsbetrieb mit mobiler Schlachteinheit

IV Bienen und Landwirtschaft

V Bauernstimme auf den Prüfstand stellen und zukunftsfest machen

VI Kann die Digitalisierung uns in der bäuerlichen Landwirtschaft nützlich sein?

VII Toleranz fördern - Kompetenz stärken gegen rechte Stammtischparolen

19:30 Uhr: Abenddiskussion

Für eine soziale, ökologische EU-Agrarreform und für ein demokratisches Europa

Eröffnung: Phillip Brändle, AbL-Bundesvorstand

Gäste auf dem Podium:

Ursula Heinen –Essen, Umwelt- und Landwirtschaftsministerin aus NRW

Aurélie Catallo, Vertreterin „Platforme Pour une autre PAC“

Phillip Brändle, AbL-Bundesvorstand

Moderation: Ulrich Jasper (AbL-Bundesgeschäftsführer)

Samstag, 24. November 2018

Forum I Ackerbau

Forum II Tierhaltung

Forum III Milch

Forum IV Saatgut ohne Gentechnik und Saatgutvielfalt

11:45 Uhr

AbL- Mitgliederversammlung

Tagungsort: Schloss Buchenau, Hermann-Lietz-Str. 13 in 36132 Buchenau, Gemeinde Eiterfeld, Osthessen

Organisatorische Leitung: Georg Janßen, Ulrich Jasper (AbL-Bundesgeschäftsführung), Teilnehmerbeitrag: 130,00 Euro (inklusive Übernachtung und Verpflegung)

Anmeldung: Bis zum 15. November 2018 an die AbL-Bundesgeschäftsstelle, Bahnhofstr. 31, 59065 Hamm/W oder per Mail an info@abl-ev.de oder per Fax: 02381 – 492221. Eine genaue Wegbeschreibung sowie Informationen zum Busstransfer unter: www.abl-ev.de. **Wer den Bustransfer nutzen möchte muss dies bei seiner Anmeldung unbedingt angeben!**

Büffet der Regionen

Seit Jahren treffen wir uns und reden über alles Mögliche und doch wissen wir meist kaum etwas über die Köstlichkeiten, die jede und jeder von uns herstellt. Damit sich das ändert, bitten wir Euch, eine Auswahl Eurer Produkte mit nach Buchenau zu bringen. Wir werden sie am Samstagabend zu unserem „AbL-Buffet der Regionen" präsentieren und gemeinsam genießen - und uns dabei einmal auf einer ganz anderen Ebene kennenlernen.
Um das Büffet besser planen zu können, bitten wir kurz mitzuteilen was ihr beisteuern werdet: Sarahziegenhorn@junge-abl.de. Für eine Kühlmöglichkeit in Buchenau ist gesorgt.

unabhängige bauernstimme : ist auch da

Zutreffendes bitte ankreuzen:

- ❑ Ich möchte die BAUERNSTIMME abonnieren (46,00 € im Jahr). In begründeten Fällen kann auf jährlichen Antrag für Kleinbauern, -bäuerinnen, Arbeitslose, SchülerInnen und StudentInnen der Abo-Preis auf 32,00 € gesenkt werden.
- ❑ Ich abonniere die BAUERNSTIMME zum Förderpreis von 60,– € im Jahr.
- ❑ Ich möchte die BAUERNSTIMME zum Preis von 18,- € bzw. 35,- € für ❑ 6 oder ❑ 12 Monate verschenken.
- ❑ Ich abonniere die BAUERNSTIMME zum einmaligen Schnupperpreis von 7,50 € für drei Ausgaben (nur gegen Vorkasse: Bar, Scheck, Briefmarken).

Zustelladresse	Bei Geschenkabos Adresse des Auftraggebers
Name, Vorname	Name, Vorname
Straße	Straße
PLZ, Ort	PLZ, Ort
evtl. Telefon für Rückfragen	email/Fax

11/2018

Ich zahle:
❑ nach Erhalt der Rechnung
❑ per SEPA-Lastschriftmandat

Gläubiger-ID: DE17ZZZ00000417539
ABL Bauernblatt Verlags GmbH Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm
Die Mandatsreferenz wird separat mitgeteilt.

Hiermit ermächtige ich Sie widerruflich, den von mir zu entrichtenden Beitrag bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Bank: _____

BIC: __ __ __ __ __ __ __ __ __ __ __

IBAN: __

Das Abonnement verlängert sich um ein Jahr (außer bei Geschenkabos), wenn es nicht spätestens vier Wochen vor Ende des Abozeitraums gekündigt wird.

Widerrufsrecht: Ich weiß, dass ich meine Bestellung innerhalb einer Woche ohne Angabe von Gründen schriftlich beim ABL-Verlag widerrufen kann.

Unterschrift der Abonnentin / des Abonnnenten (bei Geschenkabo Unterschrift des Auftraggebers) Datum Beruf

Bitte senden Sie die Bestellung an: Bauernstimme, Bahnhofstr. 31, 59065 Hamm oder Fax 02381 / 492221
Unsere Datenschutzerklärung finden Sie unter www.bauernstimme.de/datenschutz